

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, bei der Expedition abgegeben werden.

Nr. 247.

Montag, den 21. Oktober 1912.

19. Jahrg.

Heute abend: Volksversammlung im Gewerkschaftshaus.

Hierzu eine Beilage.

Das Petroleummonopol.

Die auch von uns bereits kurz gewürdigte Mitteilung der Reichsregierung über ihren Plan, den Großhandel mit Leuchtöl in Deutschland zu monopolisieren, schiebt die sozusagen nationalwirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Argumente stark in den Vordergrund. Die dauernde Abhängigkeit des deutschen Marktes von einer einzigen unheimlich starken amerikanischen Erwerbsgesellschaft in Sachen der Petroleumzufuhr sei nicht länger erträglich und bringe erhebliche Gefahren mit sich; man müsse sich daher unter allen Umständen nach einem Mittel der Abhilfe umsehen; ein solches sei in der möglichen Erschließung der von der Standard Oil Compagnie unabhängigen amerikanischen, vielleicht auch der asiatischen Oelergzeugung gegeben; wenn auch bisher die Einfuhr von Erdöl, soweit es nicht von der amerikanischen Gesellschaft kontrolliert wurde, nicht vielmehr als den vierten Teil der deutschen Gesamtzufuhr ausgemacht habe, so liege das nicht sowohl an den natürlichen, als an künstlich geschaffenen Verhältnissen. Die anderen amerikanischen Gesellschaften ermangelten zurzeit der geeigneten Transportmittel, die europäischen Erdölproduzenten, namentlich die in Galizien und in Rumänien, seien der dauernden Gefahr ausgesetzt gewesen, durch Schleuderpreise der amerikanischen Konkurrenz an die Wand gedrückt zu werden, wenn und wo immer sie die Gewinnung eines größeren Einflusses versucht hätten. Bei gesicherter und durch langfristige Verträge festgelegter Delivierung würden aber gerade diese Gesellschaften, die zum Teil auch unter der Herrschaft des deutschen Kapitals stünden, sehr reich leistungs-fähiger werden, den amerikanischen unabhängigen Compagnien könne man durch Bereitstellung genügender Tankschiffe und durch Zumeßung wenigstens eines Teiles der deutschen Einfuhr sehr bald abhelfen. So rechnet, wie es in dem Regierungsartikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ heißt, die Regierung darauf, „daß der Vorschlag, der aus nationalen und volkswirtschaftlichen Erwägungen entstanden und im Falle eines glücklichen Gelingens wichtige sozialpolitische Forderungen zu erfüllen geeignet ist, in den weitesten Kreisen Zustimmung finden wird.“

So weit, so gut. Der Plan hat vorläufig in der deutschen Presse eine überwiegend günstige Aufnahme gefunden. Auch das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei, der Berliner „Vorwärts“, schließt seine erste Mitteilung der Angelegenheit mit der Bemerkung: Die Sozialdemokratie ist keineswegs prinzipiell gegen die Einführung des Monopols, aber für ein Monopol, das auf eine Verteuerung des Petroleums und eine Begünstigung großer Finanzgesellschaften auf Kosten der großen Masse der Konsumenten hinausläuft, wird sie in keinem Falle stimmen.“

Dazu ist zunächst zu bemerken, daß die Reichsregierung der geplanten Monopol-Aktiengesellschaft nur dann eine größere Verdienstmöglichkeit lassen will, wenn sie mit ihren Preisen unter dem vom Reiche selbst festgesetzten Verkaufspreis bleibt, während sich bei einer Uebersteigerung dieses Preises der Gewinn der Gesellschaft auf die landesübliche Verzinsung ihres Aktienkapitals, also auf 4 bis 5 Prozent beschränken soll. Auf den ersten Blick könnte man also annehmen, daß die Befürchtungen des „Vorwärts“, die neue Gründung könne zu einer Ausbeutung der deutschen Petroleumkonsumenten ausgenützt werden, unbegründet sei. Aber auch nur auf den ersten Blick. Die Gefahr liegt freilich auf einer ganz andern Stelle, als wo der „Vorwärts“ sie anscheinend sieht. Die neue Gesellschaft würde sich sicherlich hüten, den vom Reiche festgesetzten Verkaufspreis zu überschreiten und sich dadurch die Möglichkeit eines guten Geschäftes zu verschätzen. Das Reich wird sich auch vermutlich im großen und ganzen ungefähr an den Weltmarktpreis halten, so wie er sich unter den heutigen Verhältnissen herausgestellt hat. Die Gefahr würde zu diesem Preise vermutlich sogar einen Abzug mit der Standard Oil Compagnie anbahnen können,

den, der an der Erhaltung ihres Absatzes auf dem deutschen Markte, wenn auch unter veränderten Bedingungen, schon deshalb gelegen sein muß, weil sie sehr große Kapitalien in der Organisation des Kleinvertriebs in Deutschland hineingesteckt hat. Also: teurer als bisher wird das Petroleum kaum werden.

Aber es wird auch nicht billiger werden. Und das ist der springende Punkt! Den müssen wir etwas näher ins Auge fassen.

Der Absatz amerikanischen Petroleums ist in den letzten Jahren nicht unerheblich zurückgegangen, wenn auch der Verbrauch vermutlich noch einer Steigerung fähig wäre. Aber: die Konkurrenz gegen das Brennöl wächst von Tag zu Tage. Immer neue Gebiete werden der Elektrizitätsversorgung durch Überlandzentralen eröffnet, die, zum Teil auf der Ausnützung von Wasserkraften aufgebaut, die elektrische Energie heute viel billiger als noch vor wenigen Jahren liefern. Das Gas, von der Elektrizität stark bedrängt, aber auch stark angespornt, hat in den letzten Jahren erstaunliche Anstrengungen gemacht, bereits verlorenes Gebiet wieder zu erobern, neues sich zugänglich zu machen. Diese Anstrengungen waren von überraschenden Erfolgen begleitet. Die Gasversorgung, heute in ihren Anfängen stehend, gewinnt dauernd an Bedeutung, und die Konkurrenzfähigkeit des Gases ist schon durch seine Eignung zu Koch- und Heizwecken gewährleistet. Was wir zurzeit im rheinisch-westfälischen Industriegebiet sehen, nämlich den Anschluß ganzer Kreise an die Abfallgasanstalten großer Hüttenwerke, gibt uns eine leise Ahnung von den beinahe unbegrenzten Entwicklungsmöglichkeiten. Schon sind Pläne gesponnen, die Gasversorgung großer Städte, z. B. von Berlin, mit der Zeit auf eine ganz andere Grundlage zu stellen, und nicht mehr wie bisher durch den außerordentlich teuren und schwierigen Transport der Gaskohle zu belasten, sondern das Gas dort zu machen, wo die Kohstoffe gewonnen werden, d. h. auf den Kohlen-Lagerstätten. Erweist sich das als technisch durchführbar — und die Vertreter der Idee behaupten es —, dann ist die Frage mit dem Rechenstift leicht zu lösen, ob eine Periode weitestgehender Zentralisierung des Leucht- und Heizstoffes anbrechen wird oder nicht.

Eine solche heute durchaus im Bereiche der Möglichkeit liegende und denkbare Entwicklung würde die Aussichten des Leuchtöls handels stark verschlechtern. Aber wir brauchen nicht so weit zu gehen: Auch schon unter den heutigen Verhältnissen, wie gesagt, drängt die Konkurrenz das Petroleum immer weiter zurück — so lange nämlich sein Preis auf der heutigen Höhe erhalten bleibt. Aber das muß ja nicht so sein. Man sagt, daß die Standard Oil Company aus ihrem deutschen Geschäft 50 Proz. Reingewinn heraushole. Nehmen wir an, diese Behauptung sei um die Hälfte übertrieben, was wohl der Wahrheit näher kommen wird. 25 Prozent jährliche Rente vom angelegten Kapital können sich ja auch noch sehen lassen. Diese Verzinsung übersteigt die durchschnittliche Profitrate um das Vier- bis Fünffache. Würde sich die amerikanische Petroleumindustrie vor die Gefahr gestellt sehen, ihren Absatz zum größten Teil zu verlieren, wenn und solange sie so außerordentlich hohe Gewinne machen will, dann würde sie vermutlich von zwei Uebeln das kleinere wählen, bescheidener werden und sich das „Opfer“ auferlegen, hinfort etwa mit 10 Prozent Gewinn zufrieden zu sein, dadurch aber auch ihren Niedergang auf eine lange Zeit aufzuhalten. Vor solchen drastischen Maßnahmen ist Rodesfeller, der Leiter des Standard Oil Trustes, niemals zurückgeschreckt, wenn andere keinen Erfolg versprachen.

Was würde die Folge einer starken Herabsetzung des Petroleumpreises sein, über die zu frohlocken die zu den ärmsten Schichten der Bevölkerung zählenden Konsumenten alle Ursache hätten? Zunächst würde selbstverständlich die weitere Verbreitung des Gases und der Elektrizität für einige Zeit erschwert sein. Aber das wollen wir hier zunächst einmal unberücksichtigt lassen; wir kommen später noch darauf zurück. Eine andere Folge, die hervorzuheben uns wichtiger erscheint, würde die sein, daß Handel und Erzeugung des Brennspiritus einen verächtlichen Schlag erleiden würden, einen

Schlag, von dem sie sich niemals mehr erholen könnten.

Die deutsche Spiritusindustrie ist auf den Absatz des Brennspiritus unter allen Umständen angewiesen. Bei dem allmählichen und hoffentlich mit den Jahren stärker zunehmenden Rückgang des Verbrauches von Trinkbranntwein ist es eine Frage von Sein oder Nichtsein für die Spiritusfabrikation, sichere Abnahme für den vergällten Brantwein zu haben. Schon bei den heutigen Petroleumpreisen kann der vergällte Brantwein aber nur untergebracht werden, weil er auf Kosten der Brantweintrinker und auf Kosten der deutschen Steuerzahler in ihrer Gesamtheit mit vielen Millionen von Prämien ausgestattet ist. Erst das letzte Brantweinsteuergezet von 1912 hat eine Erhöhung dieser Prämien um nicht weniger als 16 Millionen in bar jährlich gebracht. Es ist ein volkswirtschaftlicher Unsinn, ein hochwertiges Fabrikat wie den Spiritus mit einem Naturerzeugnis, wie dem Petroleum, konkurrieren zu lassen.

Die deutsche Spiritusfabrikation — das ist der preußische Junker. Ihm zuliebe hat man unsere ungeheuerliche Brantweinbesteuerung erlassen, ihm zuliebe die Liebesgabe eingeführt und allem Widerstande zum Trotz bis zum heutigen Tage nicht nur durchgehalten, sondern 1912 unter dem Vorgeben, sie aufzuheben, sogar noch erhöht. Das Brantweinsteuergezet ist ein „Fürsorgegezet“ für die Landwirtschaft (lies: die junkerlichen Schnapsbrenner), so sagte der frühere Schatzsekretär Sydow im Reichstage, und er sagte die Wahrheit.

Der Balkankrieg.

Um ihren räuberischen Gelüsten ein schillerndes Mantelchen umzuhängen, geben die Fürsten der vier Raubstaaten dem Krieg einen religiösen Charakter. Im Zeichen des Kreuzes kämpfen nun die verpönten Raubstaaten gegen die unter der Fahne des Propheten ringenden Osmanen. Die mit dem König der Hammelstiehe gemeinsame Sache machenden Länder wissen, daß ein Religionskrieg den Fanatismus aufstacheln und jede ruhige Vernunft und Ueberlegung ausschaltet. Und weil sie das wollen, deshalb haben sie den Trieb von dem „heiligen Krieg“ erfinden. Ob ihnen derselbe allerdings etwas nützt, bleibt abzuwarten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Türken die „heiligen Krieger“ ganz gehörig bei den Hammelbeinen kriegen.

Daß man den Siegesnachrichten der einzelnen Mächte immer mit einem gewissen Mißtrauen begegnen muß, ist bekannt. In diesen Kämpfen aber wird von allen Seiten nach Notizen gesunkert. Nach den heute vorliegenden Meldungen haben alle fünf Mächte angeblich große Siege erfochten. Wo z. B. die Montenegriner die Türken in die Flucht geschlagen haben wollen, sollen nach türkischen Meldungen große türkische Siege erfochten sein. Wo hier die Wahrheit liegt, ist natürlich nicht zu sagen. Deshalb erscheint es uns auch völlig überflüssig, diesen Wust von Meldungen zu veröffentlichen. Nur einige uns wichtig erscheinende Nachrichten — für deren Richtigkeit wir selbstredend nicht bürgen — seien kurz wiedergegeben.

Am Sonnabend wollen die Montenegriner Gussinje eingenommen und bei Belaje die türkischen Truppen zurückgeworfen haben. — Bei Plawa sollen 2000 Arnauten, die Berane zurückerobern wollten, in einen Hinterhalt gelockt und fast vollständig aufgerieben sein.

Sehr wahrscheinlich scheint uns allerdings die Meldung, daß die montenegrinische Südkolonne nach Cetinje zurückbeordert ist, um die Grenzen gegen türkische Einfälle zu schützen.

An der bulgarischen Grenze rückt die bulgarische Armee auf dem östlichen Kriegsschauplatz in drei Korps vor. Das erste im Marikatal in Richtung auf Adrianopel, das zweite rechts davon am Rhodopegebirge entlang und das dritte noch weiter rechts in Richtung Uesfub und schließlich Saloniki. Inwiefern diese drei Korps ihren Vormarsch zu einer gemeinsamen Aktion vereinigten, läßt sich noch nicht sagen, ebensowenig läßt sich feststellen, welchem Korps das serbische Detachement

zugeteilt ist. — Von den vielen Schärmühen an der Grenze ist nur eines bemerkenswert. Die Bulgaren wollen nach heftigem Kampfe die strategisch wichtigen türkischen Befestigungen Kurtale auf dem Jungspitelberg und Anistapha Pascha besetzt haben. An drei Stellen wollen die Türken in Bulgarien eingedrungen sein.

Das Gros der serbischen Armee, das auf der ganzen Linie vorrückt, wird vom Hauptquartier Nisch aus über Branja jedenfalls nach Ueskub angeführt werden. Eine kleine Heeresabteilung Serbiens wird im Sandschak Novibazar vorgehen; hier haben bereits Zusammenstöße stattgefunden. Das Terrain, auf dem die Kämpfe in diesem Teile Mazedoniens sich abspielen werden, kann als nordwestlicher Kriegsschauplatz bezeichnet werden. Die Schwierigkeiten für die Türkei bestehen hier darin, daß sie außer mit den regulären Gegnern auch mit irregulären Banden, die sich zum Teil aus der christlichen Bevölkerung dieser Landschaft rekrutieren, zu ringen hat. — An der Grenze wollen die Türken bei Podujewo den Serben schwere Verluste beigebracht haben und weit in serbisches Gebiet eingedrungen sein. Die Serben berichten aber auch mehrere „Siege“. In Belgrad hat sich herausgestellt, daß mehrere vom Kriegsschauplatz kommende Meldungen über serbische Siege bei Prishtina in keiner Weise den Tatsachen entsprechen. Man ist dort recht ungehalten über die Lügennachrichten.

Auf dem südlichen Kriegsschauplatz erfolgt der Vormarsch der griechischen Armee von Larissa aus; hier haben bedeutungsvolle Geplänkel stattgefunden. Die türkische Stadt Elassona soll von den Griechen genommen sein. Außerdem hat die griechische Flotte den Hafen von Prevesa blockiert.

Die Türken haben ihre Hauptmacht in der Gegend von Adrianopel konzentriert, aber auch ihre in Mazedonien stehende Armee wird eine ganz stattliche Macht repräsentieren, die auf dem Seewege über Saloniki auch weiterhin durch kleinasiatische Reserven verstärkt werden kann. Ein türkisches Landungskorps im Verein mit der türkischen Flotte hat einen Angriff auf die bulgarischen Häfen Burgas und Varna unternommen. — Die Flotte teilte den Bootschaffern mit, daß die türkische Flotte die bulgarischen Häfen Varna und Burgas blockiert und bombardiert hat. Man erwartet die Landung türkischer Truppen in diesen Häfen.

In Konstantinopel wurde am Sonnabend die amtliche Nachricht verbreitet, daß die türkischen Streitkräfte in den letzten 24 Stunden im Kampfe gegen die Montenegriner, Serben und Bulgaren große Erfolge erzielt haben wollen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Bethmann-Hollweg über die preussische Wahlreform.

Die offiziellen „Berliner Politischen Nachrichten“ Viktor Schweinburgs bringen in ihrer Nummer vom Freitagabend eine Erklärung zur Wahlreformbewegung des preussischen Proletariats. Die Erklärung lautet:

„Die Sozialdemokratie fährt fort, die Vorlegung einer Wahlrechtsnovelle in Preußen zu verlangen; sie wird diese Vorlegung für den nächsten Tagungsabschnitt des Landtages auch in ihren demnachstigen Massenversammlungen fordern. Es ist bereits darauf hingewiesen, weshalb in einer Tagung kurz vor den Neuwahlen eine derartige Vorlegung verfehlt wäre. Die Regierung hat seinerzeit ihr Wort eingelöst, indem sie eine Wahlrechtsnovelle einbrachte, der Landtag hat diese verworfen. Der Regierung ist also kein Vorwurf daraus zu machen, daß eine Wahlrechtsnovelle bisher nicht zustande gekommen ist. Wenn nun aber die Sozialdemokratie die Wiedereinbringung einer solchen Novelle für die nächste Tagung „im Namen des preussischen Volkes“ verlangt, so darf doch die Frage aufgeworfen werden, ob denn die Sozialdemokratie in Preußen das Volk vertritt. Die letzten Wahlen im Reich haben ergeben, daß die Sozialdemokratie etwa ein Drittel sämtlicher Wähler auf ihrer Seite hatte. Nimmt man an, daß in Preußen die Verhältnisse ähnlich liegen, so wohnt doch der Sozialdemokratie nicht im mindesten das Recht bei, im Namen des Volkes Forderungen aufzustellen. Im Gegenteil, da sie selbst die krasseste Verfechterin der Theorie von der Geltung der Ansicht der Mehrheit ist, so hätte sie allen Anlaß, sich ihres Minderheitsstandpunktes bewußt zu bleiben. Sondern der Sozialdemokratie ist es noch niemals eingefallen, ihre Praxis mit der Theorie in Einklang zu setzen. Sie benutzt auch die Frage der Wahlrechtsänderung nur dazu, um die Verhegung in die Massen zu tragen, und wenn sie dabei das „Volk“ im Gegensatz zur Regierung setzt, so rechnet sie auf die agitatorische Wirkung dieser Phrase. Sie will ihrer Anhängererschaft durchs die Meinung beibringen, daß die Regierung die Vorlage einer Wahlrechtsnovelle während des nächsten Tagungsabschnittes im preussischen Landtage trotz des gegenteiligen Willens des preussischen „Volkes“ unterlasse, und dazu ist ihr eben jedes Mittel recht. Die Sozialdemokratie mag bei diesem Treiben auf ihre agitatorischen Köpfe kommen, daß sie damit einen positiven Erfolg haben wird, wird sie wohl selbst nicht annehmen.“

Von Bedeutung an dem ganzen Gerede, das besonders in der Zurückweisung heiter erwartet, die Herr Bethmann-Hollweg der Sozialdemokratie gegenüber für notwendig hält, wenn sie im Namen des preussischen Volkes fordert, ist lediglich die bestimmte Erklärung, daß die preussische Regierung in der letzten Session des gegenwärtigen Landtages eine Wahlrechtsvorlage nicht mehr einbringen werde, und daß die Regierung ihre Pflicht getan zu haben glaubt, mit der Wahlrechtsnovelle von vor zwei Jahren. Aufschreiend findet es Herr Bethmann-Hollweg bequemer, die Verantwortung auf die Parteien abzuwälzen, die damals seine sogenannte Reform ablehnten.

Ergebniswahl zum preussischen Landtag.

Im Wahlkreise Oppeln wurden bei der Ergebniswahl (total) mit 364 und Wodarz (Zentr.) mit 334 Stimmen gewählt. An die politischen Kandidaten entfielen 150 resp. 124 Stimmen. — Diese Nachwahl hat

eine recht interessante Vorgeschichte. Bei den Hauptwahlen im Jahre 1908 ging das Zentrum mit den Polen zusammen. Das Resultat war, daß Wodarz (Zentr.) und Kapiza (Polen) gewählt wurden; die beiden konservativen Gegenkandidaten unterlagen. Der Abg. Kapiza, der mit seiner Fraktion in Differenzen geraten war, legte vor einigen Monaten sein Mandat nieder und das Zentrum hatte mittlerweile das Bündnis mit den Polen gelöst und dafür ein solches mit den Konservativen abgeschlossen. Unter diesen Umständen hielt es Abg. Wodarz für angezeigt, sich einer Neuwahl durch die neuen Verbündeten zu unterziehen. Die Polen haben also das bisher besessene Mandat verloren.

Zur Nachwahl in Berlin I.

Während die schwarzblaue Presse sich täglich das Vergnügen leistet, den Fortschrittler wegen einer etwaigen Stichwahlhilfe bange zu machen, weist die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ auf den ganzen Ernst der Situation für die bürgerlichen Parteien hin. Das Organ des Kanzlers schreibt:

„Sedenfalls bedeutet das Ringen um Berlins zentralen Wahlkreis schon seit geraumer Zeit die große Kraftprobe zwischen den beiden hauptsächlich beteiligten Parteien, und dem Ausfall kommt eine große Fernwirkung zu. Von den 6 Berliner Reichstagswahlkreisen, die anfänglich eine feste Domäne der Fortschrittspartei bildeten, gingen 1877 zum ersten Male zwei an die Sozialdemokratie verloren, waren aber bis 1881 wieder zurückgewonnen. Die allgemeinen Wahlen von 1884 erschütterten den Besitzstand des Liberalismus hier von neuem und es gelang nicht wieder, im 4. und 6. Wahlkreise die früheren Mehrheiten herzustellen. Bis 1893 verblieb es dabei, dann aber nahm die Sozialdemokratie auch den zweiten, dritten und fünften Wahlkreis weg; sie hat ihren Gesamterfolg zwar noch einmal gemindert gesehen, — im Jahre 1898 büßte sie den 2. und 5. ein — ist seit 1903 jedoch auf den Stand von 1893 zurückgefallen, und hat ihre Majoritäten überall so erhöht, daß deren etwaiges Einschmelzen unweigerlich als Beweis einer Stauung des Sozialismus auf deutschem Boden anzusehen sein würde. Gegenüber vermochte der ausgesprochene Citycharakter des ersten Berliner Wahlkreises bisher die Bemühungen der „Genossen“ zu vereiteln, aber es bedarf, wie die Wahlstatistik zeigt, höchster Anstrengung der bürgerlichen Elemente, um dieses Mandat festzuhalten.“

Wonach zu richten!

Es reicht nicht.

Das neue freikonservative Organ teilt mit, daß sich der Reichstagsabg. Warmuth, der bisher fraktionslos war, beim Wiederzusammentritt des Reichstages der Reichspartei anschließen wird. Damit steigen die Mitglieder der Reichspartei im Reichstage auf 14, also immer noch zu wenig, um eine eigene Fraktion zu bilden. Hierzu wären 15 Mitglieder notwendig. Die Reichspartei empfindet es schmerzhaft, daß sie diese Stärke nicht erreichen kann. Diese Partei scheidet dadurch bei der Besetzung der Kommissionen aus, hat auch keine Vertretung im Seniorenkongress und ist auf diese Weise so ziemlich zur Einflußlosigkeit verurteilt. Selbst wenn es aber gelingen sollte, noch einen Abgeordneten zum Anschluß zu bewegen, so wird diese Herrlichkeit auch nicht von langer Dauer sein, denn der Landrat von Halem, der fälschlich als gewählt proklamiert worden ist, fliegt demnachst aus dem Reichstage hinaus, und der Reichsverbandsgeneral v. Liebert wird dieses Schicksal teilen. Die Herren v. Camp und Dr. Arendt werden sich also schon damit abzufinden haben, in dieser Legislaturperiode des Reichstages etwas abseits stehen zu müssen, der Abg. Warmuth allein kann die freikonservativen Schatzkammer nicht davor schützen.

Steuern, die Geld kosten!

Im Provinzialrat des oldenburgischen Fürstentums Birkenfeld fragte der Abgeordnete Huber an, ob es wahr sei, daß infolge der schärferen Heranziehung der Arbeiter zur Besteuerung und der Einführung neuer Steuerarten eine Mehreinnahme von 300 000 Mark in den letzten drei Jahren entstanden sei, und wie es komme, daß der Etat trotzdem einen Fehlbetrag von 72 245 Mk. aufweise. Regierungsrat Pralle erwiderte, es stimme allerdings, daß der Betrag der eingegangenen Steuern um die angegebene Summe gestiegen sei, aber — diese neuen Steuern und die schärfere Heranziehung habe auch erheblich mehr Arbeit gemacht, es hätten also viele neue Beamte eingestellt werden müssen, um diese Arbeit zu erledigen; so erkläre sich auch der Fehlbetrag!! Köstlich, nicht wahr?

Leuerungszulagen für die Eisenbahner.

Die im Eisenbahndirektionsbezirk Berlin beschäftigten Bahnarbeiter erhalten mit rückwirkender Kraft vom 1. Oktober ab, angesichts der herrschenden Leuerung eine Lohnzulage von — 20 Pfg. pro Tag. Die Scherpresse meint, den Eisenbahner sei der Wunsch nach Lohn-erhöhung, für den sie am Mittwoch demonstriert haben, unerwartet rasch erfüllt worden. — Zwanzig Pfennig pro Tag, also 1,20 Mk. die Woche, ist allerdings eine Zulage, mit der die Eisenbahnarbeiter keine großen Sprünge machen können. Und es klingt wie bitterer Hohn, wenn in der bürgerlichen Presse behauptet wird, daß damit die Wünsche der Eisenbahner erfüllt worden seien.

Petroleummonopol und Veteranenbeihilfen.

Wie die „Post“ erfahren haben will, sollen die Einnahmen aus dem Petroleum-Monopol u. a. auch dazu verwendet werden, den Veteranen-Beihilfen-Fond zu erhöhen. Für das laufende Jahr ist dieser Fond mit 29 Millionen dotiert, eine Summe, die keineswegs ausreicht, um auch nur die bescheidensten Ansprüche zu erfüllen.

Zentrum ist Krampf.

Die „Germania“ verlangt von den maßgebenden Stellen, daß sie den Admiral v. Knorr zwingen sollen, die Stelle eines Vorsitzenden des Anti-Ultramontanen Reichsverbandes niederzulegen. Admiral v. Knorr hat eine Kandidatur unterzogen, in der dem Freiherrn v. Hertling gegenüber Einspruch erhoben wurde, daß ein Mann mit solchen politischen und kulturellen Anschauungen Ministerpräsident des zweitgrößten deutschen Bundesstaates

und als solcher Vorsitzender des Bundesratsausschusses für die internationale Politik Deutschlands ist.“ Die „Germania“ erblickt darin eine — anti-monarchische Entgleisung; offenbar gilt Herr v. Hertling bereits als Monarch!

Zentrumswirtschaft in Bayern.

Das Ausführungsgezet zur Reichsversicherungsordnung ist nach zweitägigen Verhandlungen angenommen worden. Sämtliche Verbesserungsanträge der Sozialdemokraten wurden abgelehnt, weshalb unsere Fraktion schließlich gegen den Entwurf stimmte. Außer der Frage der Landkrankenkassen wurde besonders heftig ein Ausschußantrag erörtert, durch den das Zentrum es unternommen hatte, in das Ausführungsgezet zur Reichsversicherungsordnung die Befreiung der kirchlichen Stiftungen von der Kapitalrentensteuer hineinzubringen. Die Regierungsvorlage enthielt diese Bestimmung nicht. Die Regierungsvertreter aber erklärten, sich nicht gegen diesen Antrag sträuben zu wollen. Ein sozialdemokratischer Antrag, diese Steuerfreiheit zu beseitigen, d. h. die Regierungsvorlage wieder herzustellen, wurde mit den Zentrumsstimmen abgelehnt. Auch ein liberaler Antrag, der wenigstens für die Gemeindesteuern dieses Privileg beseitigen wollte, wurde mit einer Stimme Mehrheit abgelehnt. Wie abhängig sich die Regierung vom Zentrum fühlt, bewies der komische Zwischenfall, daß ein anderer liberaler Antrag von dem Regierungsvertreter bekämpft wurde, weil er glaubte, das Zentrum sei dagegen; als aber das Zentrum nachher dem Antrag zustimmte, lenkte auch der Regierungsvertreter ein und hatte nun auch gegen diesen Antrag nichts einzuwenden.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 21. Oktober.

Eine Versammlung der Bürgerschaft findet am Montag, dem 28. Oktober, abends 6 Uhr, statt.

Zur Vertrauensmännerwahl für die Angestelltenversicherung. Die Wahlen finden nächsten Sonntag in Lübeck statt! Zum ersten Male wählen die Privatangestellten im ganzen Reich ihre Vertreter zur Erledigung solcher Aufgaben, die für sie alle eine große Bedeutung haben. In dieser Versicherung sind die Vertrauensmänner die eigentlichen Vertreter der Versicherten und ihrer Unternehmer. Alle weiteren Wahlen für die Angestelltenversicherung sind ihre Aufgabe. Ob sie sonst noch eine nennenswerte Tätigkeit bei der Durchführung der Angestelltenversicherung ausüben werden, läßt sich noch nicht übersehen. Jedoch schon durch die Wahlen erlangen sie eine entscheidende Bedeutung für die Entwicklung der Angestelltenversicherung. Wohl noch niemals ist ein Gesetz nach einer — zwar recht langwierigen, aber trotzdem so ungenügenden Vorbereitung und dabei mit solcher Uebereilung fertig gemacht worden, wie es bei dem Versicherungsgezet für Angestellte der Fall gewesen ist. Das Gesetz zeichnet sich denn auch sehr unzulänglich durch eine Reihe von Unklarheiten aus. Viele seiner wichtigsten Bestimmungen bedürfen einer sachgemäßen Deutung durch die Rechtspflege und Verwaltung. Dabei haben die von den Vertrauensmännern zu wählenden Vertreter der Versicherten und der Unternehmer mitzuwirken. Sie können für die Angestellten sowohl nach der günstigen wie auch nach der ungünstigen Richtung hin den Ausschlag geben.

Selbstverständlich werden die Vertreter der Unternehmer in erster Linie danach streben, die Kosten der Versicherung möglichst gering zu halten, um die Erhöhung des Beitragsanteiles für die Unternehmer zu vermeiden, vielleicht sogar mit der Zeit eine Herabsetzung der Beiträge zu erreichen. Aus diesem Grunde werden sie nur zu sehr geneigt sein, die Leistungen der Versicherung an die Angestellten aufs äußerste einzuschränken ohne Rücksicht auf das Glend, dem dadurch alte oder berufsunsfähige Angestellte oder Hinterbliebene der Angestellten trotz der Versicherung preisgegeben werden. Demgegenüber müssen die Vertreter der Angestellten zwar jeder unnützen Ausgabe entgegenzutreten, zugleich aber auch dafür sorgen, daß die Versicherung auch wirklich ihren Zweck erfüllt und den Versicherten und ihren Hinterbliebenen die notwendige Leistung gewährt. Die Vertreter der Versicherten haben daher eine große Verantwortung, der sie nur dann gerecht werden können, wenn sie eine gründliche Sachkenntnis besitzen und nach bestem Wissen und Gewissen auch ohne Scheu nach oben wirken. Die sogenannten Deutschnationalen, Antisemiten und ihre Verbündeten, haben bereits in den Vorarbeiten für die Versicherung eine traurige Rolle gespielt. Um die Angestellten von den „gewöhnlichen“ Arbeitern möglichst fernzuhalten, haben sie die Bestrebungen unterstützt, für die Angestellten eine besondere Versicherung zu schaffen. Das hat die Verwaltungskosten der Versicherung unnötig erhöht und Antisemitismen zwischen der Angestelltenversicherung und der Invalidenversicherung nach der Reichsversicherungsordnung herbeigeführt, obgleich viele Angestellte beiden Versicherungen angehören müssen. Hiernach kann man sich ein Bild von der Tätigkeit der Antisemiten und ihrer Verbündeten bei der Durchführung der Angestelltenversicherung machen. Sie werden sich bemühen, den Kreis der versicherten Angestellten möglichst eng zu ziehen, namentlich die am schlechtesten entlohnenden und die weiblichen Angestellten auszuschließen. Sie haben ferner — trotz ihrer großen Worte in den Versammlungen — gegenüber den Unternehmern und den Regierungen nicht die Fähigkeiten und den Mut gehabt, die Rechte der Angestellten mit dem nötigen Nachdruck zu vertreten. Nicht einmal das von den Sozialdemokraten geforderte geheime Wahlrecht für die Wahlen in der Angestelltenversicherung haben sie ernsthaft zu erstreben gewagt; es mußte ihnen vielmehr durch die Wahlordnung aufgezwungen werden.

Wie wird es erst werden, wenn diese Leute bei der Bewilligung des Ruhegeldes mitwirken? Ruhegeld soll dem Versicherten dann gewährt werden, wenn seine Arbeitsfähigkeit auf weniger als die Hälfte der Arbeitsfähigkeit eines körperlich und geistig gesunden Versicherten von ähnlicher Ausbildung und gleichwertigen Kenntnissen und Fähigkeiten herabgesunken ist. Eine solche Abgrenzung ist sehr schwer. Nach den Erfahrungen in der Invalidenversicherung wird sich so mancher Vertrauensarzt der Reichsversicherungsanstalt finden, der gar viele unglückliche Versicherte durch Ueberschätzung der ihnen noch gebliebenen Arbeitsfähigkeit um das Ruhegeld bringt. Hier brauchen die Angestellten wirkliche und zuverlässige Vertreter, um das Gutachten jener Ärzte durch den Hinweis auf die tatsächlichen Verhältnisse der Versicherten zu entkräften. — Ebenso steht es mit der Durchführung der Heilverfahren. Die Reichsversicherungsanstalt kann ein Heilverfahren einleiten, um die Berufsunfähigkeit eines Versicherten abzuwenden, der von einer Krankheit, zum Beispiel Schwindel, Herzkrankheit, Rheumatismus bedroht ist. Zu diesem Zweck kann die Reichsversicherungsanstalt dem Versicherten eine Kur in einer Heil- oder Erholungsanstalt, in einem Luftort oder Bad usw. gewähren und seine Familie in dieser Zeit unterstützen. Dies ist eine sehr wertvolle Leistung der Versicherung. Ob sie aber gewährt wird, ist ganz und gar dem Er-

meinen der maßgebenden Herren überlassen. Lehnen sie das Gesuch um Gewährung des Heilverfahrens ab, dann gibt es dagegen keine Berufung. Hier sollten die Vertreter der Versicherer dafür sorgen, daß die Einleitung des Heilverfahrens wirklich in allen geeigneten Fällen gewährt wird.

Die Angestellten sind jetzt — wie die Arbeiter — gezwungen, den Kampf um eine möglichst gute Fürsorge für die Zeit ihrer Berufsunfähigkeit und für die Zeit der Hilflosigkeit ihrer Hinterbliebenen aufzunehmen. Der Kampf wird auch ihnen zeigen, daß sie sich nicht auf die Antisemiten und ihre Verbündeten verlassen können, sondern daß sie sich den Männern anschließen müssen, die den herrschenden Klassen gegenüber erkannt haben und daher entschlossen und befähigt sind, das gute Recht der Arbeiter einschließlich der Angestellten mit der nötigen Klarheit und Entschiedenheit zu vertreten. Ueberdies treiben die großen Massen der Versicherung die Angestellten in den Kampf um höhere Gehälter; auch das wird zur Klärung der Angestellten beitragen.

Alle diese Dinge sind wichtig für die bevorstehende Wahl! Tue jeder waßberechtigte Angestellte seine Pflicht!

Jugendliche vor Gericht. Die dritte Strafkammer des Landgerichts in Lübeck hatte, wie bereits berichtet, am Sonnabend über fünf junge Menschenkinder zu Gericht zu sitzen, die angeklagt und geständig waren, eine ganze Reihe von Einbrüchen ausgeführt zu haben. Mit Dietrichen und Nachschlüsselern drangen sie in die Wohnungen und Läden ein, erbrachen die Ladenkästen, nahmen mit, was sie bekommen konnten und was ihnen von Wert erschien, entwendeten Uhren, Notizbücher, Messer und anderes mehr. Von einem der jugendlichen Sünder wurden ferner nicht weniger als fünf Fahrräder gestohlen. Es gibt gewiß niemand, der solche Taten nicht verurteilen würde, ganz besonders, wenn man bedenkt, daß auch Arbeiter, die schon schwer genug um ihr Brot zu ringen haben, durch die Diebstähle geschädigt wurden.

Dennoch erscheint die Höhe der Strafe, auf welche das Gericht erkannte, geradezu ungeheuerlich. Fünf Jahre Gefängnis wurden insgesamt ausgesprochen gegen Kinder, von denen zwei noch nicht einmal der Schule entwachsen sind. Man muß die kleinen Knirpse in der Anklagebank gesehen haben, die kaum mit dem Kopf die Brustung überlagten und denen der Tränenstrom aus den Augen rann, als sie vernahmen, welche schwere Sühne ihre Vergehen finden sollten. Wohl hatten sie gewußt, daß sie nicht stehlen durften; aber daß sie auch nur eine entfernte Ahnung davon hatten, wie schwer das Verbrechen solche Taten bestraft wissen will, ist ganz ausgeschlossen. Keiner von ihnen hatte je das Strafgesetzbuch gesehen, geschweige denn gelesen oder seinen Inhalt gekannt.

Die Diebstähle waren zum Teil auch ganz sinnlos. So entwendete der eine der Jungen ein Fahrrad, fuhr damit nach Kiel und warf es weg. Auf die Frage des Richters vorstehend, was er sich dabei gedacht habe, zuckte der Angeklagte mit der Achsel; er konnte selbst keinen Grund für seine Tat anführen. Auch die wiederholten Einbrüche in einen Uhrenladen zeigen einen gewissen krankhaften Zug bei den Jungen. Sie konnten wohl die das erstmal entwendeten Uhren gebrauchen, aber mit der zweiten Deute mußten sie kaum wohin damit.

Für das gestohlene Geld kauften die Jungen sich Kuchen, Naschereien und Wurst. Das läßt darauf schließen, daß sie in ihrem elterlichen Hause derartige Dinge, nach denen das Kindesherz doch sehr verlangt, vermutlich entbehren mußten. Überhaupt wäre es wohl am Plage acreeien, einmal nachzuzuprüfen, in denen die so jung auf abhässliche Bahn geratenen aufgewachsen sind. Während der Verhandlung ist das nicht geschehen. Und doch hätten sich vielleicht hier Umstände finden lassen, welche die Raubzüge der Kinder in einem mildereren Lichte erscheinen lassen. Wer am gefüllten Tische sitzt, hat es leicht, sich darüber zu entrüsten, daß andere auf nicht erlaubte Weise die Herrlichkeiten, oder was dafür gehalten wird, sich anzueignen versuchen, die ihnen selbst mühelos in den Schoß fallen.

Das Unglück der Jungen war, daß sie nicht gleich bei ihrem ersten Frevel am Eigentum anderer erwischt wurden. Dann hätte eine gerechte Strafe sie wahrscheinlich sofort kuriert. So hatten sie Erfolg und der Appetit steigerte sich beim Essen. Es entstand bei ihnen eine förmliche Einbruchsmanie. Schließlich kam dann die Katastrophe, die nicht ausbleiben konnte, und das Sündenregister hatte eine Länge erreicht, für die das Gesetz eine schwere Ahndung verlangt.

Jetzt sollen die jungen Menschenkinder, die sicherlich keine Ahnung von der angebliebenen Schwere ihres Vergehens haben, auf lange Zeit ins Gefängnis. Der Staatsanwalt meinte, daß längere Gefängnisstrafen auf jugendliche Gemüter bessernd wirken. Deshalb beantragte er bei einem Teil der Angeklagten für jede Straftat drei Monate Gefängnis. Es erscheint beinahe wie eine bittere Ironie, daß Kinder im Gefängnis in Gesellschaft anderer Verurteilter auf andere bessere Gedanken gebracht werden können. Jugenderzieher, die daran glauben, gibt es wohl kaum. Hingegen wird von der Regel das entgegengesetzte Resultat eintreten. Und das ist tief bedauerlich, sowohl im Interesse der Verurteilten als auch in dem der menschlichen Gesellschaft.

Die Strafkammer teilte im wesentlichen die Ansichten der Staatsanwaltschaft und verurteilte die jugendlichen Angeklagten zu längeren Freiheitsstrafen. Drei von ihnen sollen allerdings der bedingten Begnadigung empfinden werden. Aber die beiden Brüder, die als die „Häufelstörer“ gelten, sollen trotz ihrer 13 und 16 Jahre auf 24 resp. 18 Monate ins Gefängnis wandern, um dort „gebessert“ zu werden. Ihre Tränen rührten die Richter nicht. Und doch haben vielleicht gerade sie die größte Liebe nötig.

Wer der Verhandlung beiwohnte, wird an der Unparteilichkeit der Richter der Kinder gegenüber sicherlich nicht zweifeln, aber er wird sich die Frage vorlegen müssen, ob Kinder überhaupt vor ein Gericht gehören, was bei den Angeklagten doch eigentlich volle Verantwortlichkeit für ihre Handlungen voraussetzen muß.

Erläuterung der Einfuhr von Fleisch aus dem Ausland. Der Senat macht unterm 19. Oktober amtlich bekannt: Der Senat hat beschlossen und verordnet: I. Abwehrend von den Bekanntmachungen vom 21. Juli 1873, betreffend Abänderung bisheriger Maßregeln zur Verhütung der Einschleppung der Rinderpest aus Rußland, vom 22. April 1896, betreffend das Verbot der Einfuhr von frischem Schweinefleisch aus Rußland, und vom 31. August 1907, betreffend die Einfuhr von Wiederkäufern, Schweinen und tierischen Erzeugnissen aus Belgien und den Niederlanden, wird die Einfuhr a. von frischem Rindfleisch aus dem europäischen Rußland, b. von frischem Schweinefleisch aus Rußland und c. von Schlachtrindern aus den Niederlanden nach zur einzuholender Genehmigung des Polizeiamtes unter der Bedingung zugelassen, daß das eingeführte Fleisch und das Fleisch der aus den Niederlanden eingeführten Schlachtrinder einem von der Verwaltungsbehörde für städtische Gesundheitsanstalten festzusetzenden, möglichst niedrigen Preise unmittelbar an die Verbraucher verkauft wird. Für die Einfuhr und weitere Behandlung von Schlachtrindern aus den Niederlanden gelten im übrigen die für Schlachtrinder aus Österreich-Ungarn gegebenen Vorschriften (vgl. Verordnung

des Medizinalamtes vom 9. Juli 1906). II. Die Verordnung vom 8. Juli 1899, welche die Einfuhr von frischem Rindfleisch aus Belgien verbietet, wird aufgehoben.

Bevölkerungsbewegung im Lübeckischen Staat während des Monats September 1912. Die Zahl der Geburten betrug 66 (1911: 52), die der Lebendgeburt 221 (233) und die der Sterbefälle 143 (150). Der Geburtenüberschuß belief sich demgemäß auf 78 (88). Unerblich Geburten kamen 31 (26) mal vor. Totgeburt wurden 5 (2) mal registriert.

Im Verlauf eines ehelichen Zwistes brachte ein Hafnarbeiter seiner Frau mit einem Messer eine erhebliche Verletzung am Unterleib bei. Die Frau wurde ins Krankenhaus gebracht und der Mann in Haft genommen.

Kaufmannsgerichtswahl. Heute, Montag, und Dienstag finden die Wahlen zum Kaufmannsgericht statt. Die selbständigen Kaufleute wählen heute, die Handlungsgehilfen wählen am Dienstag im Restaurant „Bürgerverein“, im „Gesellschafterhaus St. Lorenz“ und im „Turnerheim“. Wahlberechtigt ist jeder selbständige Kaufmann und jeder männliche Handlungsgehilfe, der die deutsche Reichsangehörigkeit besitzt, das 25. Lebensjahr vollendet hat, im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte ist und sich rechtzeitig einen Wahlberechtigungschein hat ausstellen lassen. Die Stimmabgabe ist auf die vom Stadt- und Landamt veröffentlichten Vorschlagslisten beschränkt. Solche sind nur von Organisationen eingereicht, die nicht der modernen Arbeiterbewegung angehören.

Auffstieg des Ballons „Lübeck“. Der für den gestrigen Sonntag angelegte Ballonaufstieg nahm einen sehr schönen Verlauf. Bei ruhigem sonnigen Wetter und westnordwestlicher Windrichtung fanden die Füllarbeiten statt, welche um 9 1/2 Uhr beendet waren. Nach Anheben des Korbes und nachdem die Insassen, Herr Dr. Kümmer als Führer und die Herren, Ingenieur van Groothoest, Dr. med. Richter und cand. med. Wolfmann als Mitfahrer, ihre Plätze eingenommen hatten, wurde der Ballon abgewogen und mit 26 Saft Ballast entlassen. Der Ballon schlug eine östliche Richtung ein und kam bei dem flauen Winde nur langsam vorwärts, so daß er noch lange den Blicken der den Eisenbahndamm besetzt haltenden Zuschauer sichtbar blieb. — Die Landung erfolgte „sehr glatt“ unweit Hosten bei Scharhof um 1/3 Uhr. Die gestrige Veranstaltung war für den Lübecker Verein insofern bedeutungsvoll, als Herr Ingenieur van Groothoest seine Führerfabrik machte und durch dieselbe das Ballonführerzeugnis erworben hat.

Stadttheater und Kino. Die „Communale Correspondenz“ schreibt: Die Akten über das kinematographische Theater sind noch lange nicht geschlossen. Auf der einen Seite unbedingte Wertschäfer dieser neuesten, auf einer wunderbaren Technik beruhenden Darstellungsform, auf der anderen Seite unbedingte Verächter, und zwischen beiden diejenigen, die beim Abwägen der Vorzüge und Nachteile nicht so leicht ins Reine kommen, weil tatsächlich eine objektive Betrachtung ihr verweidetes Jür und Wider hat. Das Kino ist ein Ding mit zwei Seiten, unverkennbar behaftet mit der Eierschale der allerersten unvollkommenen Entwicklung. Dieser junge Geschäftsbetrieb kam mit magnetischer Innentkraft einem Faktor im modernen Kulturleben entgegen, den man bisher trotz aller Bemühungen der Volksbildungsfreunde sträflich vernachlässigt hatte: dem Theaterhunger, der in jedem Menschen und auf jeder Kulturstufe anzutreffen ist. Das alte Theaterystem hat die Entwicklung dieses Kulturbedürfnisses und seine Befriedigung vollständig ignoriert. Der Theaterbetrieb ist nur für die geringe Klasse der mehr oder weniger Besitzenden, Besitzenden von Geld und Zeit, berechnet gewesen. Die große Mehrheit des Volkes, in den Städten wie auf dem Lande, blieb von dem Theatergenuss so gut wie ausgeschlossen. Ihnen kam über Nacht das Kinetheater zu Hilfe. Es fand, da eine verblüffende Kunstfertigkeit dahinter stand, eine mehr als willige, eine stürmische Aufnahme, und die geschäftsmäßige Anpassung, was Eintrittspreise, Stojfwechsel und Spielzeit anbelangt, tat das übrige. So besetzte das Lichtbild die Welt der Bretter, und das ist sehr unrecht, wenn die Besiegten nun hinterher einseitige Wehklagen gegen die „achte Großmacht“ erheben.

Auf der soeben beendeten Wiesbadener Tagung des Zentralausschusses der Gesellschaft für Volksbildung ist das Kinoproblem ausgiebig behandelt worden. Soweit Berichte vorliegen, wurde aber der eingangs betonte Sachverhalt nicht gewürdigt, und darum ist auch die angenommene Resolution unvollkommen. Sie brandmarkt die Schundfilme, über deren Wert kein Zweifel besteht; sie fordert polizeigekochte Eingriffe und Gewerbebeschränkungen; sie verlangt die Bevorzugung der „belehrenden, wissenschaftlichen und technischen Filme“. Das alles trifft an dem wahren Kern der Sache, dem Theaterhunger des Volkes vorbei.

Es kann sich aber nur um diesen handeln und als Hauptfrage müßte sich die erheben: Kann der Theaterhunger, der heute zu 95 Proz. vom Kino gestillt wird, nicht zu einem wesentlichen Teil von den Brettbühnen, vor allem dem Stadttheater befriedigt werden?

Diese Frage ist zu bejahen. Sie setzt jedoch eine vollständige Umwälzung unseres Theaterbetriebes nach zwei Richtungen voraus: 1. Planmäßige Erziehung des Bedürfnisses nach Bühnendramen, die in den Schulen und Fortbildungsanstalten durch reichliche Schülervorstellungen erreicht wird; 2. Popularisierung des Theaterbesuchs durch äußerst billige, zahlreiche Volksvorstellungen, beweglichere Spielpläne, regelmäßige Nachmittagsvorstellungen. Man hat wiederholt eingewendet, daß durch die „Demokratisierung“ des Theaters seine finanzielle Grundlage erschüttert werde. Die sogenannten freien Volkstheater und Wandertheater, die unter erswerenden Umständen arbeiten müssen, beweisen das Gegenteil. Und die tatsächlichen Finanzverhältnisse der Theater, die fast überall zu Defizits führen, ebenso.

Allerdings muß der Theaterbetrieb, soweit ihn die Städte unterstützen, aufhören, schrankenloses Spekulationsobjekt eines ißbeliebigen Direktors zu sein. Die Stadttheater müssen in städtische Regie unter städtischer Intendantur genommen, das Personal unter Beseitigung des kostspieligen Stabsystems verdoppelt und verdreifacht werden. Das Volk ist zu kleinen Opfern, die sich zu Millionen summieren, gern bereit, das beweisen die Kinoeinfolge. Man gebe ihm nur Gelegenheit, seine vielen geringen Großen statt ins Kino in Stadttheater tragen zu können. Nicht das Kino hat, wie in Wiesbaden gesagt wurde, „einen Shakespeares, Schiller und Goethe erschlagen“, sondern der unsinnige Theaterbetrieb, der selbst dem Mittelstand einen geregelten, reichlichen Theaterbesuch unmöglich macht, ist daran schuld, daß der Schundfilm einen „Wilhelm Tell“ und eine „Kina von Baruchhelm“ tötete. Man schimpfe nicht, man handele! Dem Kino bleibt immer noch Raum genug übrig, um seine Mission zu erfüllen, die unlegbar eine gewichtige Kulturmission ist.

Manches von dem, was hier als Aufgabe des Theaters bezeichnet wird, haben wir in Lübeck bereits. Zu einem kostspieligen Stabsystem ist es hier auch noch nicht gekommen. Aber dennoch scheinen die Ausführungen der „Communalen Correspondenz“ nicht unbeachtlich.

Drei Schafe von Hunden zerrissen. In der Nacht zum Sonntag zerrissen am Gunden Weg drei Hunde vier auf einer

hörtigen Koppel friedlich weidende Schafe, die einem Gärtner gehörten. Als Eigentümer von zwei dieser Hunde werden Steen und Hagelstein genannt.

Das Sanja-Theater war gestern fast gänzlich ausverkauft. Der Erfolg, den das wirklich erstklassige Programm erzielte, war groß und unbestritten. Vorzugskarten sind an den Wochentagen gütig.

pb. Fahrraddiebstähle. Am 18. d. Ms. gegen 10 Uhr abends ist vom Flur des Hauses an der Falkenwiese 8 ein gut erhaltenes Fahrrad Marke „Brennabor“ mit schwarzem Gestell, ebensolchen Felgen, Torpedofreilauf, Rädtrittbremse, nach oben gebogener Lenkstange und der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 14888 abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. — Von einer Wirtin in Pohnsdorf ist am Sonnabend den 19. d. Ms. ein Fahrrad mit der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 10 494 gestohlen worden.

pb. Verhaftungen. Ermittelt und festgenommen wurden 2 hiesige Arbeiter, die zu verschiedenen Malen aus einem an dem Falkendamm stehenden Eisenbahnwagen mehrere Säcke Kartoffeln gestohlen haben. — Festgenommen wurde ein Schiffer aus Culm, der seitens der Königl. Staatsanwaltschaft in Berlin wegen Unterschlagung steckbrieflich verfolgt wird.

Entin. Drei Volksversammlungen unter freiem Himmel tagten gestern in Lötja, Hallsendorf und Lienzfeld. Dieselben waren sehr gut besucht. In allen Versammlungen sprach Genosse Stelling-Lübeck über das Thema: „Was wollen die Sozialdemokraten?“ Seine Ausführungen fanden lebhafteste Zustimmung. So manchem Landproletarier, der bisher noch den Verdrehungen und Verleumdungen der Sozialdemokratie durch die Gegner Glauben geschenkt hatte, wurden die Augen geöffnet. Begeistert stimmten die Versammelten, nachdem der Leiter Genosse Gloe-Neudorf in einem kräftigen Schlusssatz die Ausführungen des Referenten unterstrichen hatte, in das Hoch auf die Sozialdemokratie ein. Erfreulich ist es, daß in Lötja und Lienzfeld auch eine Anzahl Frauen sich eingefunden hatten.

Hamburg. Der begnadigte Senator. Wilhelm II., der am Sonnabend zur Einweihung einer Kirche sich ein paar Stunden in Hamburg aufhielt, hat bei dieser Gelegenheit den Senator von Beerenberg-Gopler begnadigt. Der Senator hat sich mit dem schicksalhaften Junker Graf Königsmarck duelliert und war deshalb vor einigen Tagen zu drei Monaten Festungshaft verurteilt worden. — Mifglückte Flucht aus dem Straßjustizgebäude. Freitag morgen wurde im Straßjustizgebäude, erste Etage, der wegen Landesverrats in Untersuchungshaft befindliche Techniker Kaufs vor dem Untersuchungsrichter vernommen. Nach Beendigung des Verhörs öffnete K. in einem unbewachten Augenblick das Fenster, kletterte auf das Gesims und ließ darauf entlang, bis zur Dachrinne, an der er sich hinabließ. Dabei glitt er aber aus und stürzte in die Tiefe. Im Fallen schlug er noch mit dem Kopf gegen einen Baum und taumelte dann halb bethäubt am Rasenhang am Stadigraben hinab, wo er schließlich bewußtlos liegen blieb. Schaulente beförderten ihn ins Gefängnislazarett. — Elektrische Schnellbahn nach Langenhorn, außerdem für die zum Grundenerwerb aufzuwendenden Kosten die Bewilligung von 7 160 000 Mark. Der Betrieb der Bahn soll der Hamburger Hochbahn-Aktiengesellschaft übertragen werden.

Stade. Wurstvergiftung. Nach dem Genuß von Wurst sind in Borstel, Kreis Nort, dreißig Personen unter Vergiftungsercheinungen schwer erkrankt.

Theater und Musik.

Neues Stadttheater. „Mignon“, Oper in 3 Akten von Thomas. Die hier in Lübeck stets gern gesehene Oper hatte auch gestern wieder das Theater gefüllt. Trotz aller berechtigten Abneigung gegen die Verhinderung des Goetheischen Meister-Romans, die den Text bildet, und trotz gewisser Sühlichkeiten in der Musik, erweist sich die Oper doch noch recht lebenskräftig. Die gestrige Wiedergabe von „Mignon“, die Herr Kapellmeister Dr. Parzem in verständnisvoller Weise leitete, wurde dem Werke im wesentlichen gerecht. Frau Schmidt schuf in der Titelpartie eine Gestalt von rührender Güntigkeit im Gesang und Spiel. Den Wilhelm Meister gab Herr Kollwitz jung und feurig, nur nicht immer ganz fest im Text. Über verschiedene Einzelheiten der Aufführung konnte man auch anderer Meinung sein. So sagt Mignon beispielsweise im letzten Aufzuge, daß sie „kein Engel, sondern nur Mignon“ sei. Darauf spricht Meister vor sich hin „O, daß sie's ewig bliebe“. Herr Kollwitz hielt es hingegen für angebracht, diese seine Meinung Mignon recht laut ins Gesicht zu singen. Abgesehen von diesen kleinen Beanstandungen konnte man sich doch an der gestrigen Leistung unseres hiesigen Tenors erfreuen. Als Philine erwies sich Fel. Overhof wieder als eine schätzbare Kraft, deren Koloraturen nur etwas größere Leichtfertigkeit zu wünschen wäre. Der weiche Bariton des Herrn Barth kam in der Rolle des alten Vothari bestens zur Geltung. Mit Lob verdienen die tüchtigen Darbietungen der Herren Fischer (Aertes), Fabian (Jarno), Baully (Friedrich) sowie der Solotänzerin Limann erwähnt zu werden. Die Regie des Herrn Beyer hatte für hübsche Bühnenbilder gesorgt. Daß jedoch der Boie des Barons Rosenberg hoch zu Ross auf der Bühne erschien, trug nur zur unbedingten Erheiterung des Publikums bei, ebenso wie die gar zu naturalistisch vorgeführten Feuerwehrlübungen beim Brande des Theaters. Die Vorstellung wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. P. L.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Von der Ziegelstraße.

Als täglicher Passant und Anwohner der Ziegelstraße fällt mir auf, daß die Polizei garnicht darauf aufmerksam wird, daß der Fußweg in der genannten Straße zwischen Steinradweg und Trappenstraße nicht mehr passierbar ist. In diesem Weg liegt das Grundstück des Maurermeisters Freitag, das nach dem Weg zu mit einer großen Dornenhecke abgegrenzt wird. Herr Freitag aber hält es nicht für nötig, diese Hecke schneiden zu lassen, so daß die Passanten direkt durch die Hecke gefährdet werden, wenn sie es nicht vorziehen, auf der Straße zu gehen. Es ist nach meiner Meinung Pflicht der Polizei, hier schleunigst für Abhilfe zu sorgen.

Ein Anwohner der Ziegelstraße.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Paul Böwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: T. H. Schwärz. Druck: F. J. v. Meyer & Co. Sämtlich in Lötja.

Das türkische Heer.

Der Kampf, der die Kleinstaaten der Balkanhalbinsel zu einem Bunde verknüpft hat, richtet sich gegen einen Staat, der nach der Ausdehnung seines Gebiets und nach der Zahl seiner Bewohner sowie nach seiner geschichtlichen Stellung zu den Großstaaten dürfte gerechnet werden. Das europäische und asiatische Gebiet der Türkei umfaßt nahezu 3 Millionen Quadratkilometer an Flächeninhalt, also nahezu sechsmal so viel wie das Deutsche Reich, und zählt 24 Millionen Einwohner. Von ihnen fallen allerdings auf den europäischen Teil bloß 169 000 Quadratkilometer mit einer Bevölkerung von etwa 6 100 000.

Nun zeigt aber die Bevölkerung sowohl der europäischen als auch der asiatischen Türkei das denkbar bunteste Gemenge. In der europäischen Türkei bilden die Völker slavischen Stammes, die Serben und Bulgaren, beide vorwiegend in Mazedonien und Altserbien wohnend, die Griechen, namentlich in den Städten sehr zahlreich und auf den Inseln fast die ausschließliche Bevölkerung, endlich die Albanier den Hauptteil der Einwohnerschaft. Den herrschenden osmanischen Stamm darf man nicht höher als auf 1 Million Köpfe veranschlagen, wovon der größte Teil in der Stadt Konstantinopel wohnt sowie in dem Gebiet von Rumelien. Doch mit dem herrschenden Stamm in unmittelbarer Verbindung der Interessen und der Ueberlieferungen steht weit aus dem größten Teil der zum Mohammedanismus sich bekennenden Bevölkerung, wie denn das mohammedanische Bekenntnis innerhalb des türkischen Reiches so etwas wie eine nationale Einheit schafft. Und da stellt sich auch das Verhältnis für die türkische Herrschaft insofern weit günstiger, als nach den herrschenden Schätzungen von der Bevölkerung der europäischen Türkei etwa 50 Prozent Mohammedaner, 40 Prozent Griechisch-Orthodoxe, 4 Prozent Katholiken und 1 1/2 Prozent Juden bilden.

Wie es keine Statistik der Glaubensbekenntnisse gibt, so noch weniger eine genaue Feststellung der Stärke der einzelnen Nationalitäten; bekanntlich freiten Bulgaren und Griechen darum, wer in gewissen Gebieten Mazedoniens die Mehrheit hat. Das Eigentümliche aber der Völkermischung der europäischen Türkei ist, daß alle diese Völker, Albanier, Griechen, Bulgaren, Serben und Rumänen, auf dem größten Teil von Mazedonien und Rumelien förmlich durcheinander geworfen sind, so daß es schwer wäre, ihre Sprachgrenzen zu ziehen; wozu noch kommt, daß die Scheidung zwischen Christen und Mohammedanern wieder durch alle diese Nationen geht, und die mohammedanischen Bulgaren, Serben und Albanier politisch zu den Osmanen stehen.

Für Kleinasien zeigt sich insofern ein anderes Bild, als es in bezug auf Religion weit einheitlicher gestaltet ist. Denn von den 9 1/2 Millionen Einwohnern, die schätzungsweise dieses Gebiet umfaßt, sind 7 1/2 Millionen Mohammedaner, die Christen, vorwiegend Griechen und Armenier, noch nicht 2 Millionen. Auch in Kleinasien bildet der herrschende osmanische Stamm nur eine kleine Minderheit, man schätzt ihn auf 1 200 000 Köpfe. Aber die gesamte mohammedanische Bevölkerung Kleasiens ist hier die Grundlage, auf der die türkische Herrschaft ruht. Und nicht nur in Kleinasien ruht; sondern der anatolische Bauer ist es, der mit seinen Rekruten und seinen Landwehrmännern die Armeen des osmanischen

Reiches füllt, der die Schlachten des türkischen Reiches schlägt. Das syrische Gebiet, das ungefähr 2 1/2 Millionen Einwohner zählt und gleichfalls zum größten Teile mohammedanisch ist, ist das nächstwichtigste Rekrutierungsgebiet in Asien.

Die türkische Armee ist seit dem Sturze Abdul Hamids einer vollständig neuen Organisation unterworfen worden. Sie zählt jetzt 14 Armeekorps, 5 selbständige Armeedivisionen und 59 selbständige Reservedivisionen, ungerade die irreguläre Kurdenkavallerie — ein außerordentlich breiter Rahmen, der allerdings nur bei der äußersten Anspannung der Volkskraft annähernd gefüllt werden kann. Für den Kampf auf dem Balkan kommen hiervon zunächst die sieben europäischen Korps und zwei Korps aus Kleinasien, drei selbständige europäische Armeedivisionen sowie 52 europäische kleinasiatische Reservedivisionen des 1. und 2. Armeekorps in Betracht. Von den neun Korps zählen acht drei Divisionen, eins zwei Divisionen. Sechs Korps sind mit Gebirgsartillerie versehen. Die Armeedivisionen bestehen aus drei Regimentern ohne Brigadeverband mit Artillerie.

Die Armeekorps und die Armeedivisionen werden gebildet aus der präsentdienenden Mannschaft und aus der Reserve, die man beide unter dem Namen *Nizam* (Linie) zusammenfaßt, die Reserve führt den Namen *Jihiat*. Diese Unterscheidung beruht auf der türkischen Wehrpflicht, die jeden Mohammedaner und seit Einführung der Verfassung jeden männlichen Untertan des osmanischen Reiches verbindet zu einer 3jährigen Dienstzeit im aktiven Dienste (bei Kavallerie und Artillerie 4 Jahre) und zu einer 6jährigen Dienstpflicht bei der Reserve. Hierauf folgen eine 3jährige Dienstpflicht bei der Landwehr (*Kedif*) und 2 Jahre im Landsturm (*Müstahfiz*).

Die erwähnten selbständigen Reservedivisionen sind ausschließlich aus *Kedifs* gebildet, daher auch *Kedivisionen* genannt; sie bestehen bloß aus Infanterie und scheiden sich in solche ersten Aufgebots mit drei und in solche zweiten Aufgebots mit vier Regimentern. Die Linien-Infanterie-Regimenter bestehen aus drei Feld- und einem Kader-Bataillon, die Jäger-Regimenter aus zwei Feld- und einem Kader-Bataillon und einer Maschinengewehrkompanie. Jedes Bataillon zählt vier Kompagnien, jede Kompagnie drei Züge. Die Kader-Bataillone stellen im Kriege ein viertes, bei den Jäger-Bataillonen ein drittes Bataillon auf.

Im ganzen sind vorhanden im Frieden 83 Infanterie-Regimenter und 324 Bataillone, 24 Schützenbataillone. Sie führen das Mausergewehr Modell 90 mit Kährenmagazin von fünf oder neun Patronen. Die 42 Kavallerie-Regimenter bestehen aus je fünf Eskadronen. Daneben aber gibt es eine irreguläre Kurdenkavallerie, von der man annimmt, daß ungefähr 40 Regimenter auf dem europäischen Kriegstheater verwendbar sind. Sie rekrutieren sich aus den Kurden, bei denen der Kriegsdienst vom 18. bis zum 50. Jahre dauert und die sich mit eignen Pferden bezritten machen. Die Feldartillerie zählt 195 fahrende Batterien, 4 Gebirgs-, 12 reitende und 12 Haubitzbatterien. Außerdem stehen der Türkei noch die Grenztruppen und die militärisch organisierte Kavallerie zur Verfügung, deren Kopfzahl auf 30 000 bis 50 000 Mann geschätzt wird.

Das Proletariat Deutschlands gegen Wahrentrechtung, Forderung und Krieg.

Nicht nur, um gegen politische Volksentrechtung zu demonstrieren, sondern um auch gegen das gegenwärtig herrschende Volkselement und gegen die brennende Kriegsgefahr Protest zu erheben, waren die deutschen Arbeiter am Sonntag in Massenversammlungen aufmarschiert. Dieser dreifache Protest gab den Demonstrationen ein besonderes Gepräge, und die Riesenbeteiligung in allen Orten verlieh ihnen eine besondere Wucht. Schon vor Jahresfrist, als anlässlich der Marokkoaffäre das Kriegsgespenst umging, hat die deutsche Arbeiterklasse gezeigt, daß der Gedanke des Völkerfriedens gerade in ihrem Kreise tiefe Wurzel gefaßt hat. Dieser Gedanke kam jetzt mit noch elementarerer Macht zum Durchbruch, zu einer Zeit, in der der Weltfriede durch die Kriegssackel am Balkan bedroht ist. In begeisterten Zustimmungsgaben die Hunderttausende Zuhörer zu erkennen, daß sie mit aller Macht für den Völkerfrieden einzutreten gewillt sind. So fand besonders für mich die Ausföhrung des Genossen Hage in Berlin, der am Tage vorher von der „Konservativen Korrespondenz“ der bürgerlichen Presse als Hochverräter zur besonderen Aufmerksamkeit empfohlen worden war; er diktierte den etwa anwesenden Spitzeln in deutlichen und eindrucksvollen Worten seinen Standpunkt und den der Sozialdemokratie in die Feder: Man kann die Proletarier wohl in den Krieg kommandieren, ihnen aber nicht zugleich Begeisterung und Hingebung einkommandieren!

Fast allerorten fanden die Protestversammlungen unter freiem Himmel statt. Nur wo kleinlicher Polizeigeist die Genehmigung verweigerte, mußten die Massen in Versammlungshäusern sich zusammendrängen, während Tausende umkehren mußten, die keinen Einlaß fanden.

In Berlin vollzog sich der Aufmarsch schon in den späteren Vormittagsstunden. Der Berliner Polizeipräsident hatte auf Ansuchen der Berliner Parteileitung gestattet, daß Trupps von 50 bis 100 Personen von den einzelnen Treffpunkten der Stadt aus gemeinsam nach Treptow marschieren konnten. Endlose Züge von Demonstranten kamen gegen Mittag von allen Himmelsrichtungen der Stadt nach dem Treptower Park. In den Zugängen zu dem Riesenplatz, auf dem 10 Tribünen errichtet waren, staute sich die Menschenmasse, so daß sie nur schrittweise weiterkam. Bei früheren Demonstrationen wies der Versammlungsort in der Mitte immer noch leeren Raum auf, während diesmal der Platz vollständig von Menschen bedeckt war. Wenn eine Schätzung der Teilnehmerzahl überhaupt möglich ist, so darf man mit 300 000 wohl nicht zu hoch gegriffen haben. — Nachdem am Tage vorher endloser Regen niedergegangen war, zeigte sich am Sonntag freundliches Herbstwetter. Dreißig Referenten sprachen von den zehn Tribünen herab. Die Zustimmung über die vorgelegte Resolution gewährte ein überwältigendes Bild, umsomehr, als zufällig die Sonne, die sich hinter drohenden Wolken versteckt hatte, hervortrat und den weiten Platz beleuchtete. Hunderttausende von Armen streckten sich zum Protest in die Höhe. Auf- und Abmarsch vollzogen sich in vollster Ordnung. Die Genossen aus den nördlichen Stadtteilen bewegten sich in ununterbrochenem kilometerlangem Zuge die Brunnenstraße hinunter; umhellig durch die nur spärlich anwesende Polizei nahmen sie ihren Weg durch die innere Stadt nach dem Treptower Park. Einen besonders imposanten Eindruck machte der Aufmarsch der Genossen von

Ein Deutscher.

Roman von Otto Ruppel.

(51. Fortsetzung.)

Am demselben Tage, an welchem die Beschreibung einer Person erschienen war, hatte ich noch spät abends im Piano gelesen und versucht, die Melodie des deutschen Liedes, welches Sie bei uns gesungen, mir wieder ins Gedächtnis zurückzurufen, und gehe im Mondlichte, das durch die Treppenscheiben schien, nach dem oberen Korridor hinaus, um nach meinem Zimmer zu kommen — da höre ich plötzlich ein leichtes Geräusch an der Tür, die zum Balkon führt, und herein tritt lautlos ein Gestalt — ich erkannte sie auf den ersten Blick — es war Curry. Leise schleicht er bis zur Tür von Mrs. Burtons Zimmer und klopft zweimal in eigentümlicher Weise — er war wohl nicht erwartet worden, denn er mußte eine lange Weile warten, eine Weile, in der ich glaubte, das Pochen meines Herzens müsse mich verraten; endlich aber, nach einem dritten Klopfen öffnet sich das Zimmer, und er schlüpfte hinein.

„Ich stand noch eine geraume Zeit, die Hand gegen das Herz gedrückt, rat- und tatlos.“ fuhr die Erzählerin nach einem tiefen Atemzuge fort. „Ich hätte meinen Vater werden wollen, aber ich hätte es nicht über mich gewonnen, selbst ihm eine Nachricht, die ich kaum hätte in Worte fassen können und deren Folgen ich nicht abzusehen vermochte, zu hinterbringen; ich war so unentschlossen, wie noch selten in meinem Leben, und schlich endlich leise nach meinem Zimmer. Aber ich schlief die ganze Nacht nicht, und wenn ja einmal ein halber Schlummer über mich kommen wollte, schreckte mich das eifrigste, zufällige Geräusch wieder auf. Ich war am Morgen her, daß Curry noch im Hause war. Beim Frühstück meldete eine unserer Schwarzen, daß Mrs. Burton wegen Unwohlseins ihr Zimmer nicht verlassen möge; Vater war an dergleichen Dingen längst gewöhnt und nickte nur still mit dem Kopfe — ich aber erkannte schnell den Stand der Dinge, und eine nächtliche Unruhe über das, was mir zu tun oblag, überkam mich. Soweit ich meinen Vater kannte, mußte ich, daß ein öffentlicher Skandal ihm seinen Frieden für lange Zeit nehmen würde, daß er bei Entdeckung des Geschehenen seine Frau wohl zu irgend einem stillen Uebereinkommen zwingen, sich aber schwerlich öffentlich von ihr trennen werde; daneben aber fühlte ich auch, daß meinerseits ein ferneres Zusammenleben mit dieser Frau völlig unmöglich war. Ich hatte zwei Tage zuvor Briefe von Margaret und John erhalten, und es lag mir jetzt die Notwendigkeit aufdrang, für die Zukunft

nach irgend einem Halte außerhalb des väterlichen Hauses zu suchen, war ich mir auch über mein nächstes Handeln bald genug klar. Ich verbrachte fast den ganzen Morgen damit, meinen Vater schriftlich von dem Nötigen zu unterrichten und den Schritt zu rechtfertigen, welchen ich zu tun willens war. Als er aber nachmittags wie gewöhnlich nach der Farm ritt, packte ich meinen Koffer, ließ die kleine Kutze anspannen und mich zu einer Freundin zwei Meilen von der Stadt fahren, wo der Postwagen passieren mußte. Meinen Brief hatte ich auf Vaters Schreibtisch, auffällig ins Auge springend, zurückgelassen — und jetzt bin ich hier, um.“ Ich stehe mit einem halben Seufzer hinzu, „wahrscheinlich das väterliche Haus und den schönen Süden jedoch nicht wieder zu sehen. Was während meiner Reise dort vorgegangen ist, soll ich erst noch erzählen. — So!“ begann sie von neuem, als wolle sie einen aufsteigenden trüben Gedanken von sich schießen, „indessen ist das alles noch nicht die Hauptsache, die ich Ihnen mitteilen und in der ich Ihre Ansicht als mein Freund hören möchte; Sie sind der einzige Unparteiische, zu dem ich jetzt sprechen kann; Sie verlassen heute schon das Haus, und so darf ich mich Ihnen um so eher anvertrauen.“ Sie machte die Augen niederschlagend, eine kurze Pause, als wisse sie nicht recht, wie mit ihrer weiteren Mitteilung zu beginnen. „John sagt,“ fuhr sie endlich fort, die Blätter des Buches in ihrer Hand durch die Finger laufen lassend, „Sie seien sein bester Freund — hat er Ihnen in bezug auf mich vertraut?“ Nur einen Moment schlug sie das Auge zu ihm auf und ließ es dann wieder sinken.

„Er hat zu mir von seiner innigen Verehrung für Sie gesprochen, Miß,“ erwiderte Reichardt, welcher jetzt erst den Zweck des herbeigeführten Gesprächs zu erraten glaubte, „er hat auch wohl die Hoffnung, seinen schönsten Wunsch erfüllt zu sehen, geäußert.“

„Und was würden Sie mir raten?“ unterbrach sie ihn, noch immer ohne aufzusehen.

„Ich soll Ihnen dabei raten?“ rief Reichardt überrascht, „haben Sie denn nicht den besten Ratgeber an Ihrem eigenen Herzen?“

Sie blinnte rasch, mit einem eigentümlichen Lächeln zu ihm auf. „Und warum folgen Sie nicht Ihrem Herzen, Sir, wenn der Ratgeber so untrüglich ist?“

Der junge Mann verfiel sich leicht. „Ich verstehe Sie nicht recht, Miß!“ sagte er nach einer augenblicklichen Pause.

„D, meinen Sie wirklich auch gegen mich den Geheimnisvollen spielen zu können?“ erwiderte sie. „Betrügen Sie sich selbst und die ganze Welt,“ fuhr sie, sich plötzlich erhebend, fort, während ein wunderbarer Glanz in ihre Augen trat,

„Harriet Burton aber betrügen Sie nicht, Sir, und Harriet will Sie glücklich wissen! Ich darf Ihnen eins sagen, und ich will es,“ fuhr sie erregt fort, ihre Hand leicht an den Arm des sich erhebenden Deutschen legend, „John ist noch der einzige Mann auf dieser Erde, den ich mir jetzt in näherer Verbindung mit mir denken könnte; aber Sie möchte ich auch keinem anderen Weibe gönnen, als nur meiner Freundin Margaret!“

„Miß Harriet, um Gottes willen!“ rief Reichardt und die Sprache schien ihm im plötzlichen Schrecken versagen zu wollen; in ihrem Auge aber, das dunkel und groß auf seinem Gesichte ruhte, zitterte es wie eine gewaltig unterdrückte Empfindung.

„Sie sollen Vertrauen zu mir haben, Sir, oder ich nehme es mir!“ sagte sie, während ihre Hand von seinem Arme glitt; „die größten Seiten Ihres Charakters scheinen mir da zu sein, um Unglück anzurichten, aber ich werde es diesmal verhüten! Warum wollen Sie fort, Sir, wenn Sie nicht meinen, Ihr Herz habe Ihnen einen schlimmen Streich gespielt, dessen Folgen Sie mit Aufopferung Ihres Glückes vorbeugen müssen? Sagen Sie doch, daß das, was mir mein Gefühl im ersten Moment gesagt und meine Augen dann bestätigten, falsch war, sagen Sie es doch, wenn Sie es können!“

„Miß Harriet,“ erwiderte Reichardt, der mit Macht die ihn erfassende Verwirrung niederzukämpfen suchte, „wenn Sie nicht wollen, daß ich sofort und unverrichteter Sache das Haus verlasse, so ziehen Sie weder mich noch meine Verhältnisse in unser Gespräch.“ — er mußte vor innerer Erregung, die alles Blut nach seinem Herzen zu treiben schien, innehalten.

Das Mädchen sah ihm zwei Sekunden lang schweigend in das bleiche Gesicht. „Ich will Ihnen nur einen kurzen Vorfall erzählen, und dann mögen Sie gehen,“ erwiderte sie ruhig. „Ich konnte mir heute nachmittag schon im voraus denken, was das Ende Ihres Gesprächs mit Mr. Frost sein würde, und trat, mit mir selbst fertig, da ich die Denkweise des alten Herrn ziemlich genau kenne, hier ins Zimmer, als Sie eben das Zimmer verließen.“ — „Er will nicht reden,“ rief er mir entgegen, „und wenn ich auch sicher glaube, daß er einen genügenden Grund für sein Handeln hat, so frapportiere mich doch dieses ängstliche, kühnliche Verbergen seiner Gedanken.“ — „Wollen Sie meine Ueberzeugung hören?“ sagte ich; er ließ Margaret, Sir, fühlte sich zu schwach, um dagegen anzukämpfen, und hält sich doch auch selbst für zu gering, um eine Hoffnung gegen zu dürfen.“

Reichardts Hand faßte wie in einem Krampfe den Arm der Sprecherin, während seine Augen sich fast unmerklich

Neußeln. Volle anderthalb Stunden lang dauerte der Marsch durch die Dreptower Straße. In den den Osten und Norden Berlins anschließenden, zum Wahlkreis Niederschlesien gehörenden Vororten herrschte schon in den frühen Morgenstunden ein reges Leben. Aus den direkt an Berlin angrenzenden Vororten marschierten die Genossen gemeinsam zum Massenmeeting, während die Stadtbahn- und Vorortzüge sowie die Straßenbahnen Tausende beförderten und auf den Bahnhöfen viele lange Zeit warten mußten, da die überfüllten Züge sie nicht aufnehmen konnten. — Beim Abmarsch waren nur vereinzelt Schutzmannsposten anzutreffen. Von der Peripherie der Stadt aus wurden Schutzmannspatrouillen per Rad, nach Dreptow geschickt, die dem am Schleichischen Tor aufgestellten größeren Schutzmannsposten Rapport erstatteten. Doch bald wurde auch dieser größere Posten eingezogen. In endlosem Zuge ergoß sich die Menschenmenge aus dem Dreptower Park in die Weltstadt zurück.

In Hamburg hatte sich die Arbeiterschaft am Sonntag morgen zu einer machtvollen Demonstration gegen die Kriegshege im Sagebiel-Etablissement versammelt. Etwa 12000 Personen fanden im großen und dem daneben liegenden Saale Platz; Tausende und aber Tausende mußten aber wieder umkehren. Mit einem brausenden Hoch auf die internationale Sozialdemokratie nahm die imposante Versammlung ihr Ende. Viele der Versammlungsteilnehmer, etwa 4000 Personen, zogen nach dem Geschäftslokale des „Hamburger Echo“, brachten Hochrufe aus und gingen unter Absingen der Marcellaise und anderer Arbeiterlieder über die Colonnaden, künftighin nach den hohen Bleichen, wo sich die Geschäftsräume des „Fremdenblatts“ befinden, das die Demonstration als eine Heuchelei bezeichnet hatte. Hier stieß die empörte Menge Plünder aus. Unter Hochrufen auf das Wahlrecht ging es dann nach dem Rathausmarkt, wo vor dem Rathaus ein Pfui auf die Wahlrechtsräuber über das andere erscholl. Dann zog die Menge durch die Steinstraße nach dem Geschäftslokale der sozialdemokratischen „Hamburger Nachrichten“. Schutzleute suchten den Zug abzuhalten, doch gelang es ihnen nicht. — Von hier aus ging es nach dem Gewerkschaftshaus, wo die Menge sich im großen Saale nochmals sammelte, womit die Demonstration ihr Ende fand.

In Altona fand unter freiem Himmel eine von etwa 15000 Personen besuchte Demonstration statt, in der die Genossen Dr. Herz und Bartels sprachen. Die Demonstranten verletzten dann nach dem Rathausmarkt zu ziehen, wurden jedoch von der Polizei, die einige Verhaftungen vornahm, zunächst zerstreut, doch gelang es einer großen Zahl Demonstranten, auf Umwegen den Rathausmarkt zu erreichen, wo die machtvolle Demonstration dann ihr Ende erreichte.

In Wandsbeck versammelte sich die Arbeiterklasse ebenfalls zu einer wichtigen Demonstration. Zum drohenden Weltkrieg hat die Bremer Arbeiterschaft Freitag abend in acht stattbesetzten Versammlungen Stellung genommen. Der Vortrupp der Sozialdemokratie auf dem Balkan und in der Türkei sprachen die Versammelten für ihr mutiges Vorgehen ihre Kartierung aus und sandten ihnen brüderliche Grüße. — Nach Schluß der Versammlung zogen einige Tausend Demonstranten nach dem Zentrum der Stadt. Die Polizei verhielt sich zurückhaltend.

Im Schleswig-holsteinischen Wahlkreis fanden 5 Versammlungen statt, davon 4 unter freiem Himmel und zwar in Kiel, Neumünster, Rendsburg und Preetz. Die Versammlung in Kiel war von 15000 Personen besucht. Referent war Reichstagsabgeordneter Schedemann. Eine entsprechende Resolution wurde einstimmig angenommen.

In Köln fand auf dem Schützenplatz im Vororte Deutz eine von 7000 Personen besuchte Versammlung statt. Die Rede Dr. Breitscheid, der die Wahlrechtsmach brandmarkte und die Unfähigkeit der Diplomatie kennzeichnete, die den Kriegsausbruch auf dem Balkan nicht zu hindern verstand, fand stürmischen Beifall. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. In imponierendem Zuge marschierten die Versammlungsteilnehmer nach Schluß der Versammlung über die Kölner Schiffsbrücke in die Stadt hinein. Die zahlreich bereitgestellte Schutzmannschaft fand keine Gelegenheit zum Einschreiten.

Die Elberfeld-Barmer Genossen protestierten in einer riesig besuchten Versammlung, welche im Barmer Zirkusgebäude stattfand, gegen die Hungerpolitik und die Wahlrechtsfeindschaft im Junkerstaate Preußen. Etwa 5000 Arbeiter und Arbeiterinnen lauteten den beredten Worten des Landtagsabgeordneten Genossen Leinert und gaben der be-

kannten Resolution einstimmig ihre Zustimmung. Eine glänzende Demonstration war es, als sich nach Schluß die Menschenmassen in losem Zuge durch die Stadt bewegten.

In Solingen sprach Genosse Leinert in überfülltem Saale des größten Lokals. Im Laufe der Woche hatte schon der Genosse Scheideinann im Wahlkreise Solingen in sechs überfüllten Versammlungen gesprochen.

Effen. In zwei Lokalen demonstrierten 4000 Personen. Eine Versammlung unter freiem Himmel ist nicht genehmigt worden. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Im Wahlkreis Düsseldorf fanden acht gut besuchte Versammlungen statt.

Im östlichen Westfalen fanden 8 stark besuchte Demonstrationen statt, darunter 2 in Bielefeld, an denen 4000 Personen teilnahmen.

Eine Kundgebung unter freiem Himmel in Brandenburg nahm einen begeisterten Verlauf. Teilnehmerzahl: 2500. — Fürstenberg a. D.: Gutbesuchte Versammlung.

In Spandau waren in der Versammlung ca. 2000 Personen anwesend, die geschlossen an- und abmarschierten.

Im Regierungsbezirk Magdeburg fanden in allen größeren Orten Massenversammlungen statt, die zum Teil unter freiem Himmel abgehalten wurden. Soweit Nachrichten vorliegen, war die Beteiligung überall außerordentlich stark. In Magdeburg selbst sprach der Reichstagsabgeordnete Wurm in einer Rieserversammlung. Die Polizei hatte sich auf alle Eventualitäten vorbereitet, Doppelposten aufgestellt und dergleichen mehr, bekam aber nichts zu tun. Nach Schluß der Versammlung kam es zu einer eindrucksvollen Straßendemonstration, die sich durch die Hauptstraßen der Stadt nach dem alten Markt bewegte. Hier vor dem Rathaus sang eine unübersehbare Menge Menschen die Wahlrechtsmarcellaise und brachte Hochs auf ein freies Wahlrecht aus. Die Polizei zerstreute schließlich die Menge, hielt sich aber sonst, trotz ihrer umfangreichen Vorbereitungen, im großen und ganzen reserviert.

In Nordhausen, Ellrich und Bleicherode fanden überfüllte Demonstrationen statt. In der Nordhäuser Versammlung, in der Reichstagsabgeordneter Dr. Ostf. Cohn sprach, waren 2500 Personen erschienen, in Ellrich 300 und in Bleicherode etwa 500.

In Mühlhausen in Thüringen hatten sich die Demonstranten wegen des Schließens Wetzlers in einem Saal zusammengefunden; es waren über 1000 Personen anwesend. Nach Schluß der Versammlung zogen die Teilnehmer durch die Straßen.

Gutbesuchte Versammlungen fanden ferner statt in Langenlitzna, Sommerda und Tennstedt.

2500 Teilnehmer der Protestversammlung im Zoologischen Garten zu Erfurt nahmen nach dem Referat des Reichstagsabgeordneten Heinrich Schulz einstimmig die Resolution an. Die Polizei verhielt sich reserviert, nur einige Kriminalbeamte patrouillierten in der Nähe des Versammlungsplatzes umher.

In Kassel sprachen in zwei massenhaft besuchten Versammlungen die Reichstagsabgeordneten Hüttmann und Grenz. Die gesamte Polizei hatte Bereitschaft, bekam aber nichts zu tun. Auch in weiteren sechs Orten des Bezirkes verlief die Demonstration mühefrei.

Im Kreise Frankfurt a. M. fanden fünf Versammlungen statt. Davon war die in Wiesbaden von 1000 Personen besucht. Weiter fanden sehr gut besuchte Versammlungen statt in Höchst a. M. und Fechenheim. Die am stärksten besuchte Versammlung fand im Großen Saale der städtischen Festhalle in Frankfurt statt, die der sozialdemokratischen Partei zum ersten Male zur Verfügung stand. Es waren etwa 18000 Personen anwesend. Die Reichstagsabgeordneten Duard, Simon und Liebknecht sprachen über das Junterparlament, die Leuerung und die Kriegsgefahr. Wiederholt durchbrauten wahre Beifallsorkane den Saal.

Zwei Massenversammlungen in Hanau beschäftigten sich mit Leuerung, Wahlrechtskampf und Weltkrieg. In einem Lokal sprach vor über 2000 Personen Genosse Liebknecht-Berlin. Die Resolution wurde in beiden Versammlungen einstimmig angenommen. Die Arbeiter aus den Frankfurter Vororten von Hanau beteiligten sich an der Frankfurter Versammlung.

Die Absicht des Polizeipräsidenten in Breslau, die Protestversammlung unter freiem Himmel durch Verbot zu verhindern, ist mißglückt. Nachdem die Säle des Lokals gefüllt und die Polizei alle Zugänge in den Straßen abgesperrt hatte, wurde die Versammlung in denselben Garten verlegt,

für den der Polizeipräsident die Genehmigung verweigerte. Genosse Hermann Müller-Berlin sprach unter stürmischem Beifall. Eine Resolution, die den Genossen der Balkanländer brüderliche Grüße entsendet und die Kriegsgreuel verurteilt, wurde einstimmig angenommen. Die gesamte Polizei Breslaus war seit frühmorgens auf den Beinen. Der große Exerzierplatz, auf dem das Kgl. Schloß in unmittelbarer Nähe des Versammlungslokals liegt, war in seinem ganzen Umfange durch dichte Schutzmannsketten abgesperrt. Zu Zusammenstößen ist es nirgends gekommen. Zu gleicher Zeit fand in einem anderen Lokal eine Versammlung statt, die ebenfalls sehr gut besucht war. In der Provinz Schlesien wurden rund 40 Versammlungen abgehalten.

Trotz stürmenden Regens demonstrierten in Königsberg über 2000 Personen in einer Versammlung unter freiem Himmel. Ein starkes Polizeiaufgebot harrete vergeblich der Arbeit.

In Zwickau waren etwa 1200 Personen in der Versammlung erschienen, in der Redakteur Barth sprach.

Die 10000 Menschen fassende Halle der Stuttgarter Rollschuhbahn war bis auf den letzten Platz gefüllt. Nach einer wirkungsvollen Ansprache des Versammlungsleiters, Genosse Westmeyer, referierte Genosse Gripsien, der die Zusammenhänge des Balkankrieges eingehend schilderte. Unter den Klängen der Arbeitermarcellaise ging die Versammlung auseinander.

Im Wahlkreise Hagen-Schwelm fanden zwei Versammlungen unter freiem Himmel statt und zwar in Hagen und Schwelm. In ersterer waren 3000, in letzterer 2500 Personen anwesend. Referenten waren Reichstagsabg. König und Stadtverordneter Ludwig. Zwischenfälle haben sich nicht ereignet. Die Resolution fand einstimmige Annahme.

In Dortmund fand eine glänzende verlaufene Versammlung unter freiem Himmel statt, die von etwa 12000 Personen besucht war. Durch eine Ansprache wurde das Andenken Bismarcks geehrt. Die Versammlung war eine gewaltige Kundgebung für ein freies Wahlrecht und gegen den Völkerring.

Aus der Partei.

Briefprozeß. Unser Lüdenscheider Parteiblatt brachte kürzlich einen Artikel, in dem einem Hferlohner Gerichtsvolkzieher vorgeworfen wurde, er sei bei einer Pfändung zu Unrecht vorgegangen. Es wurde öffentliche Anklage wegen Beleidigung erhoben und der verantwortliche Redakteur der „Lüdenscheider Volksstimme“, Genosse Böttcher, zu 25 Mk. Strafe verurteilt.

Eine Warnung. Am Schluß einer Parteiversammlung in Köln teilte der Parteisekretär Runge mit, daß der vom Deutschen Transportarbeiterverband seines Amtes entsetzte Sekretär Georg Kiel (Köln) sich Vergehen habe zuschulden kommen lassen, die das Ausschlußverfahren nötig machten. Außerdem habe das Parteisekretariat Beweise dafür in Händen, daß Kiel sich dem Reichsverbande gegenüber erboten habe, Material gegen die Sozialdemokratie zu liefern. Kiel sei dem Ausschluß zuvorgekommen, in dem er jetzt selbst den Austritt aus der Partei erklärt habe.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Bergarbeiterbewegung in Oberschlesien. Nicht einmal die Aufforderung der polnischen Berufsvereingung an die Arbeiterausschüsse, die Forderungen dieser Organisation der Bergverwaltung zu unterbreiten und bis zum 24. d. M. Antwort zu verlangen, scheint ausgeführt zu werden. Und zwar kommt dieser Beschluß der polnischen Organisation nicht zur Ausführung, weil — mit einigen Ausnahmen — die Arbeiterausschüsse der ober-schlesischen Bergwerke nicht den Mut haben, den Bergdirektoren die Forderungen zu unterbreiten, müssen sie doch fürchten, gemahregelt zu werden. Wie verlautet, haben sich einige Arbeiterschmittglieder an den Landtagsabgeordneten Göbel (Zentrum) gewandt, damit er sich der Forderungen der Bergarbeiter im Landtage annehme. Herr Göbel soll nun versprochen haben, bei günstiger Gelegenheit im preußischen Landtage die Forderungen der ober-schlesischen Bergarbeiter zu vertreten und auch über das auf der fästallischen Zeche „Königin-Luise-Grube“ den Bergarbeitern entzogene Bergfest und die Gewährung von Ferien für Bergarbeiter zu sprechen. Damit dürfte die Lohnbewegung der polnischen Bergarbeiterorganisation in Oberschlesien wahrscheinlich schon ihr Ende erreicht haben.

erweiterten. „Harriet, Sie haben das nicht getan,“ rief er mit einer Stimme, die ihrer ganzen Kraft beraubt schien, „jagen Sie nein, Sie wissen nicht, was Sie damit angerichtet haben!“

„Wir wollen das abwarten, Sir, so schlecht ist auch sonst meine irdische Natur zur Selbsterhaltung geeignet!“ erwiderte sie, ohne Zuden den Druck seines Hände auszuhalten, während es leise wie ein melancholisches Lächeln über ihr Gesicht glitt. „Mr. Frost,“ fuhr sie dann in ihrer früheren Weise fort, „ich mag überträgt mit großen Augen an, ohne ein Wort zu reden; bald aber würde ich kein Gesicht auf zu einer Waise voll sonderbaren Ausdrucks: „ganz deutsch!“ sagte er vor sich hin und begann einen Gang durchs Zimmer zu machen. „Haben Sie schon eine ähnliche Versicherung zu Margaret getan?“ fragte er dann, vor mir stehen bleibend. — „Ich glaube, es wäre unvorsichtig gewesen, Sir!“ sagte sie. Er nickte schweigend. „Und was sagen Sie dazu, Harriet?“ begann er nach einer Weile wieder. — „Nichts, Sir, als daß Margaret in ihm das beste Los ziehen würde! — „Aha! meinen Sie, daß auch Margaret?“ — „Ja, meine; daß sie alles abtut, Sir, und sich unsonst gegen ihre eigenen Gefühle prübelt.“

„Nein, nein!“ unterbrach sie Reichardt, der mit nodendem Atem jedes Wort von ihren Lippen aufgefangen hatte, „Sie wissen ja nicht — o mein Gott, mein Gott!“

„Aho leugnen Sie doch wenigstens nicht mehr,“ rief sie mit plötzlich aufleuchtendem Gesichte, „und nun sagen Sie mir doch, ob sich eine Margaret Ihnen jetzt hätte erklären können, oder ob Sie vor Mr. Frost die vorherige Versicherung annahm, daß die Liebe zu einem reichen Mädchen im Altere das beste Mittel Ungehöriges ist?“ Jagen Sie mir doch, ob es nicht eine Zeitlang ist, seitdem Sie den Rücken kehren zu wollen, nur weil man nicht den Mut hat, es zu ertragen?“

„Nein!“ erwiderte er, unerschrocken keine Empfindungen länger zu bezeugen; haben Sie denn wohl einen Begriff von einem Kampfe gegen sich selbst, Mr., oder können Sie alle die Unzulänge, die einem Entschlusse wie dem meinigen herbeiführen müssen?“

„Very well,“ sagte sie mit einem Lächeln, das wie ein Eingeständnis in ihrem Gesichte aufstieg, „so werden Sie jetzt als alte Jodeu, Ihre Stellung zu verlieren, angesehen und während hier ruhig warten, bis ich wieder zurück bin!“ Sie wandte sich ohne weiteres Wort nach einer Stütze und verzog sich dort.

„Als ich Reichardt allein sah, dachte es ihn wie eine seltsame Sensation über seiner Gedanken, in der er sich nur vor einer Frage über bewegt war: „Wohin ging sie? was beschloß sie? Wie ein Wirbel ging bald die Erkenntnis, daß er völlig getrennt war, bald Harriets Gesicht mit dem

alten Frost, dessen Ende er nicht erfahren hatte und sich nicht vorstellen vermochte, bald der Gedanke an Margaret lebte, die sich so sehr von ihm gewandt, durch seinen Kopf; er hätte aus dem Hause fliehen mögen, um allem Kommen dem auszuweichen, und doch fühlte er es zugleich tief in seiner Seele wie die Ahnung eines unaussprechlichen Glücks aufsteigen, die alle seine Nerven durchzitterte; bei jedem Geräusch im Hause suchte er zusammen, und er dachte nicht einmal daran, nach Fassung zu ringen, hatte er doch keinen Begriff, was es sein könnte, das als das Nächste ihm entgegenzutreten werde; aber es währte geraume Zeit, ehe seine Spannung sich lösen sollte. Da öffnete sich endlich leise dieselbe Tür, durch welche Harriet sich entfernt hatte, und Reichardt meinte jeden Nerv in sich bebend zu fühlen, als er Margaret, bleich wie er selber, eintreten sah. Langsam, das große Auge ernst auf ihn gerichtet, kam sie heran, um ihren Mund in dessen Spielte es wie eine mühsam niedergebaltene Bewegung. „Harriet sagt mir, daß ich noch ein Wort zu Ihnen reden möchte, und Sie würden bleiben,“ sagte sie halblaut — dann schloß ihre Stimme zu verjagen; aber auch Reichardt, der sein Herz voll zum Springen fühlte, hätte jetzt nicht ein Wort zu sprechen vermocht, und so standen sie Blick in Blick, bis plötzlich ein Strom von Tränen in ihre Augen schloß, und sie, sich wendend, wieder davon eilen wollte. In dem Deutschen aber waren alle zurückgedrängten Empfindungen aufgewallt, und mit einer fast unwillkürlichen Bewegung hatte er ihre Hand gefaßt.

„Margaret, Miß Margaret, um Gottes willen! rief er, ohne des Widerstrebens, mit dem sie sich ihm zu entziehen suchte, zu achten, „sagen Sie mir doch, was ich tun soll, und ich werde es tun; ich will bleiben, ja ich bleibe, sobald Sie es verlangen, und müge ich selbst dabei zugrunde gehen — aber setzen Sie mich an, damit ich Mut dazu erhalte, gehen Sie nicht wieder so von mir, Margaret!“

Er sah ihren Widerstand ersterben, noch eine kurze Zeit blieb ihr Kopf abgewandt, dann aber hob er sich und mit einem wunderbar gemäßigten Ausdruck von Schamigkeit und hingebendem Vertrauen legte sie ihm das durch Tränen lächelnde Gesicht zu. Wieder fanden sie Aug in Auge, seine beiden Hände hielten fest die ihre zwischen sich; es war ihm, als müge er cuffauchen und sie jetzt in seine Arme schließen, und doch konnte ihn der Zauber dieser unberührten Jungfräulichkeit, der wie ein Duft über sie ausgegossen schien, nicht in seine Schranken.

„Haben wiram bekam ich heute mittag keinen Blick von Ihnen?“ fragte er endlich.

„Sie wollten ja gehen!“ erwiderte sie, fast mit den Worten zugleich aber brachen von neuem die Tränen aus ihren Augen und häßig sich losreißend eilte sie aus dem Zimmer.

Reichardt starrte ihr nach, wie in halber Verblüdung; plötzlich aber streckte er, als müße er mehr Raum in seiner Brust schaffen, die Arme weit von sich und schlug dann beide Hände vor sein Gesicht. Mitten im Gesichte seiner jungen Schiligkeit in dessen ihm der Gedanke an den alten Frost, dem er in seiner jetzigen Erregtheit unter keinen Umständen hätte entgegen treten können. Es drängte ihn hinaus, allein zu sein und erst klar mit sich zu werden, ehe er die übrige Welt an sich herantreten ließ, und schon nach wenigen Minuten hatte er das Haus verlassen, planlos und nur mit dem Vorfalle der letzten Stunde beschäftigt in die Straßen hineinschreitend. Erst nach geraumer Zeit hob er den Kopf wieder und blinnte lächelnd in der bereits eindringenden Dunkelheit um sich, als ihm ein vorstehendes Gebäude den Weg versperrte und er sich in einem Gewirre enger Gassen fand, welche er nie zuvor kennen gelernt hatte; schon der von einer Laterne beleuchtete Name der nächsten Straßenecke in dessen zeigte ihm, daß er nicht weit von Meißners Boardinghaus sein könne, und wie von einem freundlichen Gedanken berührt, schlug er raschen Schrittes den Weg dahin ein.

„So, da sind Sie ja doch!“ rief Meißner, der im Augenblicke beschäftigungslos, müdig in der leeren Gaststube lag, dem Eintretenden entgegen; schwer war es aber zu unterscheiden, ob sein Willkommen ein freudiger oder unmutiger war, so schienen sich beide Empfindungen in seinen Zügen zu mischen; haben Sie heute bei der Gnädigen nicht antommen können?“

„Bei der Gnädigen?“ fragte Reichardt lachend. „Gerade so!“ erwiderte der andere, sein Gesicht unwillig verziehend, „ich habe mir Ihre Sache genau überlegt, und ich will Ihnen sagen, daß ich Sie jetzt vollkommen verstehe. Sie sind in das Frauenzimmer verliebt, und vielleicht um so mehr, weil sie jetzt einen alten Mann hat; deshalb bedenken Sie wahrscheinlich mit den Leuten zu gehen und lassen Ihr ordentliches Geschäft und Ihre guten Aussichten im Stiche.“

Reichardt konnte sich einer leichten Betroffenheit über die Auslegung, welche sein bisheriger Plan bei der Ausföhrung gefunden hätte, nicht erwehren, die aber schnell vor dem Glücke, das seine Seele füllte, verschwand. „Wissen Sie, daß es sehr unrecht ist, Meißner, einem Menschen dergleichen Dinge unterzulegen?“ sagte er, in stichtischer Laune sich einen Stuhl herbeiziehend, „denken Sie nur, in welches Licht Sie mich damit stellen müssen.“

Der Kupferschmied warf einen halben Blick in sein Gesicht. „Die Wahrheit wird meistens unrecht genannt,“ brummte er, „und Sie werden sie freilich jetzt nicht zugehen.“

(Fortsetzung folgt.)

Streik der Schuhmacher in Sildburghausen. Seit zwei Wochen stehen die Schuhmacher der Firma Amberg u. Walling wegen Lohnreduzierung und Nichtanerkennung der Organisation im Streik. Die Firma arbeitet mit Hochdruck, um neue Arbeitskräfte heranzuziehen, was ihr aber bis jetzt nur in geringem Maße gelungen ist. Die alten Arbeiter, die viele Jahre für diese Firma unter den schlechtesten Lohnverhältnissen gearbeitet haben, und die die neue Lohnverflechtung zurückweisen, will diese Firma auf keinen Fall wieder einstellen. Am Streik beteiligt sind 26 Arbeiter und Arbeiterinnen. Die organisierten Arbeiter werden ersucht, bei ihren Einkäufen von Schuhwaren, auf die Marke Helios ganz besonders zu achten; die Firma setzt ihre Ware besonders in Arbeiterkreisen ab.

Ausperrung in der niederrheinischen Zigarrenindustrie. Bei der Firma H. Kersten, Drifoy, kreisen seit Mitte September die freigeorganierten Tabakarbeiter wegen einer 10 bis 15prozentigen Lohnreduzierung. Am 2. Oktober kündigten die Drifoyer Firmen allen Mitgliedern des Deutschen Tabakarbeiterverbandes. Die Aussperrung ist seit dem 12. Oktober perfekt. Da die Fabrikanten mit der örtlichen Aussperrung aber ihren Zweck nicht erreichten, haben die Unternehmer auf der am Sonntag, dem 13. d. Mts., stattgefundenen Generalversammlung beschlossen, sämtlichen Mitgliedern des freien Tabakarbeiterverbandes vom Niederrhein am 19. Oktober zu kündigen. In Betracht kommen über 400 Zigarrenmacher und Hilfsarbeiter. In ihrem Eifer vergessen die Fabrikanten, daß ihre Abnehmer im rheinisch-westfälischen Industriegebiet dieser Aussperrung nicht mit verdrängten Armen zusehen werden. Die Herkunft der Rauchtabakfabrikate, die ja hauptsächlich von Arbeitern konstituiert werden, kann im Gegensatz zu den Zigarrenfabrikaten sehr leicht festgestellt werden. Wie erinnern, hatten im Jahre 1903 beim Bergarbeiterstreik einige Tabakfirmen vom Niederrhein sich herbeigelassen, an die Streikenden gratis Tabak zu liefern, um sich Kundenschaft zu erobern. Diese Kundenschaft wird aber heute in der Warenabnahme verlangen, wenn ihre Arbeitsbrüder in der Tabakindustrie wegen einer 10—15prozentigen Lohnforderung rücksichtslos ausgesperrt würden. Bis jetzt haben in Drifoy ausgesperrt: Kirking (Inhaber Gebrüder Kleine) Ketels u. Dagemann, Gebrüder Bierhaus und Tendinger.

Die Glasarbeiterausperrung in Südtirol beendet. Die mit der Firma Wiederer in Färth in Bayern stattgefundenen Verhandlungen haben zu weiteren Zugeständnissen der Firma geführt. Wenn auch die Zugeständnisse nicht einen vollen Erfolg für die Streikenden bedeuten, so haben sie doch in Anbetracht der allgemeinen Situation in einer Versammlung mit 253 gegen 52 Stimmen beschlossen, den Streik aufzuheben. Daraufhin ist die Aussperrung von den Unternehmern zurückgezogen worden und wird in allen Betrieben heute Montag die Arbeit wieder aufgenommen. So hat der Kampf wiederum gezeigt, daß organisierte Arbeiter nicht willenlos zu Kreuze kriechen brauchen, sondern die Unternehmer mühen einsehen, daß nur durch weitere Bewilligungen der Friede herbeigeführt werden kann. Die zahlreichen Neuaufnahmen zeigen ferner, daß auch diese Aussperrung der Arbeiterorganisation einen Erfolg gebracht hat.

Arbeiterfürsorge der Bergarbeiter. Wie Leben und Gesundheit der Bergarbeiter von den Grubenkapitalisten resp. deren Vertretern genährt wird, zeigte eine Ausschussführung der Zeche Preußen II bei Lünen. Die Arbeitervertreter hatten beantragt, daß für jedes Steigerrevier eine vollkommene Decke bereit gehalten werde, um bei Unglücksfällen den Verletzten vor Erkältungen zu schützen. Dieser Antrag wurde von dem Herrn Inspektor für unannehmbar erklärt. Begründend wurde ausgeführt, daß die Durchführung dieses Antrages zu hohe Kosten bereite. Eine vollkommene Decke in guter Qualität kostet etwa 12 Mk. Sieben Reviere sind auf der Grube; somit wäre, wenn für jedes Steigerrevier eine Decke angeschafft würde, mit einer Ausgabe von höchstens 70—80 Mk. zu rechnen. Von einem Arbeitervertreter wurde darauf hingewiesen, daß der Bergarbeiter infolge der anstrengenden Arbeit in der Grube oft in Schweiß gebadet ist. Greift ihn dann ein Anfall, etwa gar mit starker Blutung, so wäre er infolge des Blutverlustes körperlich so geschwächt, daß der Temperaturwechsel, der mit dem Passieren der Querschläge eintritt, fast ohne Ausnahme eine Erkältung oder Fieberfrost verursacht. Diese Argumente konnte zwar der Herr Inspektor nicht entkräften, zur Anschaffung von Decken reichte jedoch sein soziales Empfinden nicht aus, er versprach aber, dafür zu sorgen, daß in Zukunft Sackleinen bereitgehalten würde. Sackleinen ist also für den tödlich Verletzten gut genug. Dabei gehört die Zeche Preußen II zur Harpener Bergbau-Mitengesellschaft, zu derselben Gesellschaft, die ihren Überschuß von 3 966 000 Mk. im ersten Vierteljahr 1912 auf 6 262 500 Mk. im zweiten Vierteljahr steigern konnte.

Zur Sturmperiode im Deutschen Bankbeamtenverein. Herr Fürstenberg, der Vorsitzende des Bankbeamten-Vereins, erlebte in Mannheim, wohin er am 15. d. M. von Frankfurt a. M. aus reiste, um die Opposition gegen sich niederzuschlagen, eine schwere Abfuhr. Mit Fischen ward er empfangen, und jeder Angriff auf die gewerkschaftliche Kampfstärke und auf andere Privatbeamtenverbände wurde mit lebhaftem Widerspruch beantwortet. Als Fürstenberg seine Haltung gegenüber der österreichischen Bankbeamtenbewegung zu verteidigen suchte, fand er derartigen heftigen Widerspruch, daß er nicht weiter reden konnte. Bei dem Versuch, den Saal von der Opposition zu räumen, stellte sich heraus, daß Fürstenberg mit seinen Getreuen in der Minorität war. Daraufhin erklärte er, es müsse unter den deutschen Bankbeamten zur reinlichen Scheidung kommen. Wer eine radikalere Vertretung der Bankbeamteninteressen wolle, der müsse sich von dem Bankbeamtenverein trennen.

In der Diskussion wurde Herr Fürstenberg gesagt, daß er immer nur Phrasen gemacht, der Verein für seine Mitglieder aber noch nichts erreicht habe. Alle Erfolge hätten ohne Unterstützung des Vereins erfochten werden müssen. Als ein Redner aufforderte, es solle sich derjenige melden, dem schon eine Stelle mit über 100 Mk. Monatsgehalt vermittelt worden sei, da brach die Versammlung in lärmigen Weisfall aus. Bei dem Versuch, dem zweiten Diskussionsredner, der mit Fürstenberg schwer ins Gericht ging, das Wort zu entziehen, kam es zu einem derartigen Tumult, daß die Versammlung vorzeitig geschlossen werden mußte. Die Opposition verließ aber erst nach Mitternacht den Saal, weil sie befürchtete, es solle Herr Fürstenberg ein Vertrauensvotum ausgestellt werden. Erst als er ohne ein solches abgezogen war, ging die von 350 Bankbeamten besuchte Versammlung auseinander.

Don der Zigarettenindustrie.

Während die Zigarrenindustrie infolge der Tabakwersteuer mit bedeutender Produktionserschwerung zu tun hat, und auch wohl in den nächsten Jahren noch nicht wieder auf Beschäftigung wie vor der Steuer rechnen kann, ist die Entwicklung der Zigarettenindustrie durch die Zigarettensteuer keineswegs gebremst worden. Es trifft wohl zu, daß die schwere Belastung der Zigarettenindustrie wesentlich zur Erhöhung des Zigarettenkonsums beigetragen hat. Schon die verhältnismäßig starke Steigerung des Ertrages der Zigarettensteuer zeigt die rapide Entwicklung dieser Industrie.

Im Jahre 1911 wurden für verkaufte Steuerzeichen 34,6 Mill. Mark gegen 29 Mill. Mark im Vorjahre eingenommen. Deutlicher noch zeigt sich der Aufschwung in der Produktionsstatistik. Im ganzen wurden im Jahre 1911 hergestellt 9382,4 Mill. Stück gegen 8361 Mill. Stück im Jahre 1910; das sind 1024,4 Millionen Stück oder 12,2 % mehr. Dasselbe Bild gewinnen wir, wenn wir die Menge der versteuerten inländischen Zigaretten betrachten. Es wurden nämlich im Jahre 1911 9163,9 Mill. Stück gegen 77784,9 Mill. Stück im Jahre 1910 veräußert, ein Mehr also von 1389 Mill. Stück oder 17,6 %. Das ist ein Aufschwung, besonders wenn man die steuerliche Belastung bedenkt, wie er selten in einer Industrie anzutreffen sein wird.

Bemerkenswert ist nun, daß der Anteil der billigeren Sorten am Gesamtprodukt im Sinken begriffen ist. So wurden z. B. von den Zigaretten im Kleinverkaufspreise bis zu 15 Mark pro Tausend im Jahre 1911 zwar 3465 342 Mille (Mille = 1000 Stück) gegen nur 3156 259 Mille im Jahre 1910 hergestellt bzw. veräußert. Demnach sank der Anteil dieser Sorten am Gesamtprodukt von 40,49 % im Jahre 1910 auf 37,82 % im Jahre 1911, während dementsprechend natürlich von den besseren Sorten mehr hergestellt wurden.

Leider bietet sich nicht die Möglichkeit, die in den beiden letzten Jahren jeweilig in der deutschen Zigarettenindustrie beschäftigte Arbeiterzahl festzustellen, indem die Steuerstatistik nach dieser Richtung kein Material gibt. Ohne weiteres läßt sich aber behaupten und durch Einzelbeispiele auch beweisen, daß die Steigerung der Produktionsmenge lediglich auf das Konto vermehrter Maschinenarbeit kommt.

Es gibt kein zutreffendes Bild von der Entwicklung der deutschen Zigarettenindustrie, wollte man sich nur auf die Ziffern verlassen. So ist z. B. die Zahl der Fabrikanten, die nur Zigaretten herstellen, von 1015 im Jahre 1910 auf 1003 im Jahre 1911 gesunken, demgegenüber ist aber die Zahl der Fabriken, die keine Arbeiter beschäftigen, von 408 im Jahre 1910 auf 450 im Jahre 1911 gestiegen, während die Zahl der Fabriken, die Arbeiter beschäftigen, von 607 im Jahre 1910 auf 553 im Jahre 1911 gesunken ist. Danach hätte es den Anschein, als sei der Kleinbetrieb im Zunehmen begriffen. In Wirklichkeit ist das aber nicht der Fall. Und wenn auch infolge des riesig vermehrten Konsums noch Kleinbetriebe bestehen und längere Zeit ihr Dasein fristen, so zeigt schon die Zunahme der versteuerten Warenmenge, in einem Jahre um 17,6 %, daß der Kleinbetrieb keine Rolle spielt. Von den Betrieben, die Arbeiter beschäftigen, hatten 494 nicht mehr als 10, 36 von 11—50, 5 von 51—100, 16 von 101—500 und 2 über 500 Arbeiter beschäftigt. Nicht immer läßt die Zahl der Arbeiter auf die Größe des Betriebes hinsichtlich der hergestellten Warenmenge schließen, es kommt darauf an zu wissen, wie das Verhältnis von Hand- und Maschinenarbeit zueinander ist, da in verschiedenen Betrieben Maschinen stehen, die das 200- und Mehrfache eines Handarbeiters leisten.

Von diesen nur Zigaretten herstellenden Fabriken hatten 41 reine Maschinenarbeit, gegen 37 im Jahre 1910. Maschinen- und Handarbeit hatten 120 gegen 95 im Jahre 1910. Die Betriebe mit reiner Handarbeit gingen von 883 im Jahre 1910 auf 842 im Jahre 1911 zurück. Also eine Zunahme der mit Maschinen arbeitenden Betriebe trotz Vermehrung der Kleinbetriebe, bei denen nur Handarbeit in Frage kommen kann. Wieder ein Beweis dafür, daß die Produktionssteigerung durch die Maschine besorgt wird.

Zigaretten und Zigarettentabak stellten 1911 309 Fabriken her, 1910 nur 294. Hier hat die Zahl der Fabriken ohne Arbeiter gegen das Vorjahr um 2 abgenommen. Keine Arbeiter hatten 46, nicht mehr als 10 hatten 172, von 11 bis 50 hatten 60, von 51 bis 100 hatten 17, von 101 bis 500 hatten 10 und mehr als 500 4 Fabriken. Mit reiner Maschinenarbeit produzierten in dieser Gruppe 3, mit Maschinen- und Handarbeit 127, mit reiner Handarbeit 179 Fabriken. Hier ist die Zahl der Betriebe überhaupt nur um 15 gestiegen, während sich die mit reiner Handarbeit um 25 vermehrt haben. Danach mußte eine Reihe Betriebe zur Handarbeit und — identifizieren wir Handarbeit und Kleinbetrieb — zu letzterem zurückgeführt sein. Das dürfte nicht gut denkbar sein, und so ist eine plausible Erklärung darin zu suchen, daß eine Verschiebung in andere Betriebsgruppen, und daß der Zufluß nur aus Betrieben mit Handarbeit gekommen ist.

Es kommen dann noch Betriebe, die nur Zigarettentabak, Zigarettenpapier oder Zigarettenhüllen herstellen, hinzu, in denen die Maschinenarbeit überwiegt. Alle Betriebe der Zigarettenindustrie zusammengenommen haben sich von 1400 im Jahre 1910 auf 1390 im Jahre 1911 verringert. Werden die 1369 Millionen = 17,6 % der 1911 gegen 1910 mehr versteuerten Zigaretten auf die einzelnen Fabriken gleichmäßig umgelegt, so würde auf jede natürlich eine Produktionssteigerung von 17,6 % kommen. Da die Kleinbetriebe in ihrer Leistungsfähigkeit kaum, die Betriebe mit geringer Arbeiterzahl nur wenig zu steigern sind, so kommt also der riesige Aufschwung fast ausschließlich der Großindustrie zugute. Trotz dieses beispiellosen Aufschwunges betrug der Durchschnittslohn der Zigarettenarbeiter im Jahre 1911 nach den Angaben der Tabakberufsgenossenschaft nur 861 Mark; wenn dennoch die Zigarettenarbeiter die Bestentlohnisten in der Tabakindustrie sind, so ist daraus zu schließen, wie schlecht es den übrigen Tabakarbeitern gehen muß. Der Durchschnittslohn in der ganzen Tabakindustrie war im Jahre 1911 nur 630 Mark jährlich. Gutes hat die vermehrte Anwendung der Maschine in der Zigarettenindustrie insofern bewirkt, als die Heimarbeit sich ständig verringert. Die Zahl der Betriebe, die Heimarbeit ausgaben, hat sich von 335 im Jahre 1910 auf 319 im Jahre 1911 vermindert.

Es ist wohl nicht daran zu zweifeln, daß sich die Zigarettenindustrie in den bisherigen Bahnen weiter entwickeln wird, wenn auch nicht zu verkennen ist, daß auch hier die Mode nicht von unbedeutendem Einfluß ist und Überraschungen bringen kann.

Soziales.

Städtische Arbeitslosenversicherung in Kassel. Über die Arbeitslosenversicherung wurde am Donnerstag in der Stadtverordnetenversammlung in Kassel eine bemerkenswerte Debatte geführt. Vor drei Jahren, gelegentlich einer Auseinandersetzung über das Steigen des Armen-Stats wurde von sozialdemokratischer Seite auf die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der kommunalen Arbeitslosenversicherung hingewiesen und daraufhin eine Kommission eingesetzt, die die Möglichkeit der Versicherung für Kassel prüfen sollte. Als die Kommission jetzt Bericht erstattete und ihre Auflösung beantragte, weil die Versicherung undurchführbar und mit Rücksicht auf den Beschluß des Städtetages zu Polen auch nicht geboten sei, ist dagegen auch von bürgerlicher Seite lebhaft Widerspruch erhoben worden. Man sagte, die außerordentliche Wichtigkeit der Arbeitslosenversicherung müsse Veranlassung sein, den Gedanken der Arbeitslosenversicherung weiter zu verfolgen, besonders, da das Eingreifen von Staat oder Reich noch weit im Felde liege. Der Antrag der Kommission wurde schließlich abgelehnt und ihr Weiterarbeit aufgetragen in der Richtung, zuverlässiges Material zur Beurteilung der Frage zu beschaffen, ob in Kassel die Einrichtung der Arbeitslosenversicherung möglich ist, auf welchem Wege und unter welchen Aufwendungen.

Kommunales.

Der Berliner Feuerwehrkonflikt vor den Stadtverordneten. Am Donnerstag beschäftigten sich die Berliner Stadtverordneten mit dem bekannten Feuerwehrkonflikt auf Grund eines sozialdemokratischen Antrages, in dem verlangt wird, daß die Stadtverordnetenversammlung gegen die Verfügungen des Polizeipräsidenten protestiert und den Magistrat ersucht, erneut mit der Regierung in Verhandlung zu treten zwecks Übernahme des Feuerlöschwesens in städtische Verwaltung. Der Antrag, den Gen. Rosenfeld begründete, wurde nach kurzer Beratung einem Ausschusse von 15 Personen zur Vorberatung überwiesen.

Aus dem Gerichtssaal.

Soldatenshindererei vor Gericht. Haarsträubende Schinderereien von Soldaten, wie man sie in einem Kulturlande nicht finden sollte, brachte die Zeugenvernehmungen in dem Prozesse gegen die Unteroffiziere Thomas, Zier, Schneider und dem Sergeanten Hofmann von der 2. Kompagnie des Infanterie-Regiments Nr. 92 in Braunschweig an den Tag, die sich vor dem Kriegsgericht der 20. Division zu verantworten hatten, nachdem kürzlich bereits von demselben Gerichte der Sergeant Spörke zu einem Jahr Gefängnis und Degradation verurteilt worden war, weil seine empörende Behandlung der Untergebenen einen Mann zum Selbstmord getrieben hatte. Nach der Beweisaufnahme kam kein Mann der Korporalschaft des Unteroffiziers Zier ohne Mißhandlungen, Schläge, Fauststöße, Ohrfeigen und Beschimpfungen davon. In seiner jungen, erst einige Monate alten Unteroffiziersherrlichkeit sah sich Zier besonders wohl zu fühlen, wenn er „hinlegen“ kommandieren konnte. Mit einer wahren Wollust ließ er bei jeder sich bietenden Gelegenheit die Leute einzeln oder des ganzen Zimmers sich hinlegen: fünfmal und öfter, bis zu einer halben Stunde lang. Dann hegte er die Leute auf der Stube im zweiten Stockwerk im Laufschrift umher, kommandierte: „March, march, zum Fenster hinaus!“ — kamen die Leute ans Fenster, dann mußten sie sich hinlegen, und er hegte sie dann weiter um die Tische herum. Mehrere Soldaten ließ er in der Kniebeuge Schmel strecken bis zum Umfallen. Früh mußten die Leute eine halbe Stunde früher aufstehen. Den Kaffee für die gesamte Mannschaft ließ er holen. Er selbst und der Gefreite tranken Kaffee und Frühstücken, — die Soldaten aber mußten in 30 Fällen Gewehre öfen, Betten machen und andere Arbeiten verrichten, bis für sie keine Zeit mehr zum Kaffeetrinken vorhanden war. Wer sich Kaffee nehmen wollte, wurde weggejagt und mußte den Kaffee zur Seite stellen, so daß die Leute meist nüchtern zum Dienst antreten mußten. Der Kaffee wurde nachher weggeschüttet. An Sonntagen lehte er von 9 bis 1 Uhr eigenmächtig, entgegen einem ausdrücklichen Verbote, Appelle an und behielt die Leute bis nachmittags 5 Uhr zu Hause. Einen tranken Mann, der auf dem Bette lag, beschimpfte er als „faules Schwein“ und gab ihm einen Strich, damit er sich aufhängen sollte. Die Leute, meist große starke Männer, waren so eingeschüchtert, daß sie fast ein Jahr lang die Schinderereien ertrugen, bis einer der Soldaten in der Verzweiflung Selbstmord verübte, und dadurch die Quäereien zutage traten. Einigen der Mißhandelten war geraten worden, sich zu beschweren, doch wagten sie es nicht, weil sie die Drangsalierungen der übrigen Unteroffiziere fürchteten, die zum Teil die Leute genau so schlecht behandelten, was auch die weitere Zeugenvernehmung ergab. Das Urteil lautete gegen Unteroffizier Zier auf 11 Monate Gefängnis und Degradation. Das Gericht hat 18 Fälle von Mißhandlung, 45 Fälle von vorchriftswidriger Behandlung Untergebener und 37 Fälle von Beleidigungen als festgestellt erachtet. Thomas wurde zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt wegen 8 Fällen von Mißhandlung und 45 Fällen vorchriftswidriger Behandlung von Untergebenen. Von der Degradation sah das Kriegsgericht unbegreiflicherweise ab. Schneider kam mit 14 Tagen Mittelarrest davon. — Am gleichen Tage erhielt vor demselben Gerichte ein Soldat 28 Tage strengen Arrest, weil er einem Unteroffizier, der seinen Namen feststellen wollte, ausgerissen war und ihn in der Trunkenheit als „Lausejungen“ bezeichnet hatte! Die Verhandlung gegen den Sergeanten Hofmann, der nach der Anklage vor mehr als Jahresfrist „nur“ einem Soldaten einen Stoß gegen die Brust versetzt haben soll, wurde zwecks weiterer Beweiserhebung vertagt. Unbegreiflich ist es fast, wie die Soldaten, selbst alte Mannschaften, sich die empörenden Schinderereien so lange gefallen ließen. Wäre nicht der Selbstmord des Musketiers True hinzugekommen, die skandalösen Zustände in der Kompagnie würden wohl heute noch fortbestehen.

Aus dem Polizeisumpf. Vor etwa zwei Jahren intervenierte in der Elberfelder Stadtverordnetenversammlung der sozialdemokratische Stadtverordnete Hoffmann den Polizeidezernenten über den Schutzmänn Fischer l., der als Straßprotokollmacher wahre Refarde ausstellt und der Schrecken der Geschäftsleute und Wirte bildet. Nicht weniger als 150 Protokolle hatte Fischer in einem Monat gemacht. Der Polizeidezernent erwiderte unserm Genossen, daß Fischer der müßiggängigste und pflichttreueste Beamte von Elberfeld sei. — Die Münchner „Jugend“ und andere Witzblätter belustigten sich damals weidlich über den Refordprotokollmacher und Wusterschutzmänn. Am Donnerstag fand nun vor dem Elberfelder Schmutzgericht ein Meineidsprozeß statt, in welchem besagter Fischer die Hauptrolle spielte und wo festgestellt wurde, wie die Straßprotokolle des Wusterschutzmänn zustande kamen. Angeklagt war der Schutzmänn Fischer wegen Meineids und Verleitung zum Meineid, und der Fabrikarbeiter Reiser wegen Meineids. Eine der Spezialitäten Fischers bestand darin, Wirte und Geschäftsleute, die außerhalb der festgesetzten Zeit Schnaps veräußerten, oder die Sonntagsruhe übertraten, zur Anzeige zu bringen. Mit ungläublicher Gewissenlosigkeit ging Fischer hier vor. Er suchte sich verlumpte Existenzen als Spizel, mit deren Hilfe er dann, wenn kein Vergehen vorlag, ein solches provozierte. Der Wittangeklagte Reiser fungierte so als sein Spion, der als Handwerksburche verkleidet, das Mitleid des Wirtes erregen und außerhalb der Zeit, also morgens vor 8 Uhr, um einen Schnaps bitten mußte. Einer der Hereingelegten, Gastwirt Pauly, beantragte gegen das Strafmandat von 9 Mk. gerichtliche Entscheidung. Bei der Gelegenheit beschwor der Spizel Reiser dann, daß er aus eigenem Antrieb den Schnaps gefordert habe und Fischer beschwor, daß er Reiser überhaupt nicht kenne. Auf Grund dieser beiden Meineide wurde der Wirt Pauly dann verurteilt. Schließlich gelang es aber, festzustellen, daß Fischer mit seinem Komplizen am Abend vorher in einer Wirtschafft zusammen gesehen war. Der Spizel Reiser hatte auch öffentlich damit renommiert, welche traurige Rolle er gespielt hat. Als dann das Meineidsverfahren gegen Fischer eingeleitet wurde, gab Reiser zu, daß er den Gastwirt auf Weheiß Fischers aufs Mittel gelockt habe. Darauf wuschte Fischer den Reiser zu überreden, er solle Gedächtnisschwäche geltend machen und sagen, er könne sein früheres Gedächtnis nicht aufrecht erhalten. Das half aber Fischer nun nichts mehr, die Geschworenen sprachen beide des Meineids für schuldig. Fischer erhielt 2½ Jahr Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust. Reiser 1 Jahr Zuchthaus und die üblichen Nebenstrafen.

Breslauer Rechtsprechung. Fünf Monate Gefängnis für einen organisierten Arbeiter wegen Belästigung eines Arbeitswilligen und fünfhundert Mark Geldstrafe für einen Redakteur der „Volksmacht“ wegen Pfarrerbeleidigung, das ist die diesmahlige Wochenausbeute der Rechtsprechung in Breslau in politischen Prozessen.

Wegen Spionage wurde vom Reichsgericht der frühere Briefstabenwärter Bauchelin zu 8 Jahren Zuchthaus, der Steinhauer Ziehbaut und der frühere Fortifikationschreiber Berger zu je 6 Jahren Zuchthaus verurteilt. Außerdem wurde gegen sämtliche Angeklagten auf zehn Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht erkannt. Die Angeklagten Bauchelin und Ziehbaut hatten seit Jahren mit Agenten des französischen Nachrichtenbureaus in Verbindung gestanden und diesen allerlei Nachrichten über die Befestigung von Metz zugehört. Berger hatte sich heimlich eine Anzahl von Plänen verschafft und diese versteckt, um sie gelegentlich nach Frankreich zu bringen. Hierauf hatte er versucht, verschiedene Helfer anzumerben. Diese gingen aber auf seine Wünsche nicht ein, somit war es bei Berger nicht zu einer vollendeten Spionage gekommen.

Preussischer Wind im „liberalen“ Herzogtum Koburg. Vor dem Koburger Schöffengericht wurde am vergangenen Freitag der Cortendorfer Arbeitergefangener „Vorwärts“ als politisch erklärt, weil er 1. den Namen „Vorwärts“ führt; 2. sein Bestreben die Pflege des „freien“ Männergesanges ist, und 3. einmal ein sozialdemokratisches Lied gesungen wurde. Kronzeuge war natürlich ein Genarm. Der Vorstand dieses Vereins, Genosse Baumert, in Cortendorf, wurde in eine Geldstrafe von 3 Mark genommen, weil er sich weigerte, die Namen der Vorstandsmitglieder einzureichen. Gegen dieses kläffische Urteil im Kampf gegen die Arbeiterbewegung wird natürlich Berufung eingelegt.

Ein Streifen mehrere Monate unschuldig in Untersuchungshaft. Die Bochumer Strafkammer verhandelte dieser Tage gegen den Bergmann Gottlieb Burlich. Dem Angeklagten wurde zur Last gelegt, Arbeitswillige mißhandelt und bedroht zu haben. B. sollte am 12. März einen Schutzmännchen und mehrere Arbeitswillige durch Steinwürfe verletzt haben. Er wurde damals sofort in Haft genommen, in der er bis zur Verhandlung blieb. Die Strafkammer sprach Burlich nach eingehender Beweisaufnahme frei. — War die Behörde in der Tat außerstande, den schwer zu rechtfertigenden Haftbefehl früher zur Aufhebung zu bringen? Ist Gile in Vorverfahren gegen Unschuldige nicht am Plage?

Dem Nichtteil entgangen. Vor dem Erfurter Schwurgericht spielte sich ein seltener Fall ab. Das Gericht verurteilte den Böttcher Apel aus Arnstadt, der beim Wildern seinen Arbeitskollegen Sädger erschossen hatte, zum zweiten Male zu 18 Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust. Die Geschworenen sprachen diesmal den Angeklagten des Mordes schuldig; er konnte aber nicht zum Tode verurteilt werden, weil nur der Angeklagte gegen das erste Schwurgerichtserkenntnis Revision eingelegt hatte. Dieser Revision hatte das Reichsgericht stattgegeben, und so konnte das zweite Urteil trotz der Bejahung der auf Mord gerichteten Schuldfrage nicht höher ausfallen, als das erste. Hätte die Staatsanwaltschaft gleichfalls Revision eingelegt, so würde der Angeklagte jetzt zum Tode verurteilt worden sein.

Neun Monate Zwangsarbeit für eine Suffragette. Das Gericht in Oxford hat ein strenges Urteil gegen eine Suffragette gefällt. Miss Helen Craggs, ein junges Mädchen von 23 Jahren aus sehr angesehener Familie, eine entragierte Suffragette, wurde in Oxford zu neun Monaten Zwangsarbeit verurteilt, weil sie in einer Julinacht den Versuch unternommen hatte, die Villa des Ministers Lewis Harcourt in Brand zu stecken.

Aus Nah und Fern.

Eintritt eines Neubaus in Koblenz. In einem von der Kölner Baugesellschaft in der Bahnhofsstraße errichteten Neubaus wurde Sonntag die Einweihung ein und begrub zwei Arbeiter. Der Feuerwehrgelag es nach vieler Mühe, die Arbeiter schwer verletzt zu bergen.

Ein Disziplinerverfahren? Der Kreisarzt Dr. Thomeller in Altena i. Westf. hatte kürzlich im dortigen Amts- und Kreisblatt einen Artikel über die Unterernährung der Schulkinder veröffentlicht, in dem er feststellte, daß vor allem infolge der gestiegenen Preissteigerung die Zahl der strophulösen Schulkinder ganz erheblich zugenommen habe. Er hatte bei diesen Untersuchungen festgestellt, daß im Vorjahre die Zahl der strophulösen Schulkinder zwischen 20 bis 40 Prozent ist, während, das aber in diesem Jahre 30—55 Prozent der strophulösen Kinder strophulös waren. Infolge der Verschärfung des Artikels hat die Regierung eine Untersuchung angeordnet; zu diesem Zweck traf am Donnerstag eine Regierungskommission in Altena ein, die an den Schulkindern Untersuchungen vornahm.

Vom Aberglauben. Fast ungläubig klingt es, daß es im zwanzigsten Jahrhundert in einer industriellen Arbeiterstadt wie Hamburg noch viele Arbeiter gibt, die so abergläubig sind, daß Opfer von Wahrsagern und ähnlichen Schwindlern zu werden, wie durch nachstehenden Fall bewiesen wird. Wie unser Duisburger Blatt schreibt, schmirre in den letzten Wochen durch Hamburgs Arbeiter- und Beamtenchaft der Bergarbeiterkongress „Gewerkschaft Deutscher Arbeiter“ das Gerücht: eine Frauentein habe in

Margloch einem Arbeiter prophezeit, am 28. September ereigne sich auf den Deutschen - Kaiser - Schächten eine große Schlagwetterexplosion, bei der etwa 700 Bergleute das Leben lassen müßten. Anstatt daß nun die Arbeiter- und die Beamtenchaft lächelnd über diesen Unsinn hinweggegangen wäre, ereignete sich folgendes für die hiesige Arbeiterschaft höchst beschämendes Schauspiel: Hunderte von Bergarbeitern nahmen sich im Laufe der Woche Kranken- und Kurtscheine oder entschuldigten sich für den Sonnabend, um der angekündigten Katastrophe zu entgehen. Wie uns von Belegschaftsmitgliedern der Deutschen - Kaiser - Schächte mitgeteilt wurde, hat am Sonnabend, dem 28. September, ein großer Prozentsatz nicht gearbeitet, aus Furcht vor einer Katastrophe. Dieses Vorkommnis beweist, welch ungeheure Aufklärungsarbeit auf gewerkschaftlichem und politischem Gebiet noch zu verrichten ist.

Dies Kind, kein Engel ist so rein! Im Prozeß gegen den Polizeileutnant Beder wurde von der Verteidigung, die eine Verschwörung der Spielhalter gegen Beder nachweisen will, mit der Vorführung der Zeugen begonnen. Der erste Entlastungszeuge ist der Distriktsanwalt, der über die Zeit Aussagen machte, zu der er Beder in der Nordstadt auf der Polizeistation gesehen haben will. Der Journalist Hawley jagte aus, in der Zeit, wo Rose angeblich mit Beder konfiziert habe, sei er mit Beder allein gewesen. Der Mitangeklagte Sullivan behauptete, Rose, Ballon und Weiber hätten im Gefängnis die Aussagen einstudiert, die sie vor Gericht gegen Beder gemacht hätten.

Katastrophen in der Luft. Aus dem württembergischen Städtchen Giengen an der Brenz wird ein schwerer Fliegerunfall gemeldet, der zwei Menschenleben forderte. Der an dem Süddeutschen Rundfluge beteiligte Flieger Leutnant Weißbarth nahm mit seinem Flugzeuge am Sonnabend in dem Städtchen eine Zwischenlandung zur Einnahme von Benzin vor. Die Landung vollzog sich glatt. Kurz nachdem Weißbarth mit seinem Passagier Leutnant Lange wieder aufgestiegen war und der Aeroplan sich bereits in beträchtlicher Höhe befand, wurde dieser von einem Windstoß erfaßt, worauf er senkrecht zur Erde stürzte. Leutnant Weißbarth und sein Passagier wurden unter dem Motor begraben und beide auf der Stelle getötet. — Der Ballon Reichsfliegerverein ist gestern nachmittags 2 1/2 Uhr etwa 500 Meter von Spangenberg bei Gröbzig in Höhe von ungefähr 500 Metern in eine Gewitterböe geraten und, wahrscheinlich durch einen elektrischen Funken entzündet, explodiert. Der Führer des Ballons, Obergeringieur Gericke, und sein Mitfahrer Leutnant Stieler sind abgestürzt und waren auf der Stelle tot. Beide waren aus dem Korbe geworfen und hatten schwere Verletzungen erlitten.

Schädliche Förderung der ehelichen Fruchtbarkeit. Nachdem vor kurzem bereits der Regierungspräsident von Münster und Arnberg Aufweisungen an die Landesbeamten gegeben hat, Nachrichten über Aufgebote, Eheschließungen und Geburten an Zeitungen nicht mehr abzugeben, hat jetzt auch der Regierungspräsident von Minden eine gleiche Verfügung erlassen. Für die Provinz Westfalen ist jetzt also das Verbot allgemein.

Das Ende vom Liede. In Reims erschoss sich der Hauptmann-Jahmeister Godart vom 16. Dragonerregiment, wenige Minuten nachdem der Oberst von ihm die Rechnungslegung verlangt hatte. Die Regimentskasse, in der sich 50 000 Francs befanden sollten, enthielt nur einen Revolver.

Winter im Harz. Aus dem Oberharz wird gemeldet, daß es dort seit gestern nachmittags schneit. Auf dem Brocken liegen bereits 5 Zentimeter Neuschnee. Aus Schierke, Braunlage und St. Andreasberg im Südharz werden ebenfalls starke Schneefälle gemeldet.

Taifun-Verheerungen auf den Philippinen-Inseln. Wie ein Telegramm aus Manila meldet, sind durch einen Taifun auf der Insel Cebu 400 Personen umgekommen. 400 Häuser sind zerstört, die Ernte ist vernichtet, zahlreiche Schiffe sind gescheitert. Der Schaden wird auf 10 Millionen Dollar geschätzt. Auch auf der Insel Leyte ist die Zuckerrohr- und Kofosnugernie vernichtet, die Häuser sind beschädigt, zahlreiche Personen sind obdachlos. Dort wird der Schaden auf eine Million geschätzt. Die Regierung hat Hilfe abgefordert.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 19. Oktober.

Neuem - Butter Ffd. 1,85—1,40 Mk., Meierei - Butter Ffd. 1,45—1,59 Mk., Sagen 3-3,50 Mk., Emen 3,00—3,50 Mk., Gahner 1,60—2,20 Mk., Küten Stück 1,20—2,00 Mk., Tauben Stück 60—70 Pf., Gänse Ffd. 85 Pf., Schinken Ffd. 1,20 Mk., Schweinestopf Ffd. 60 Pf., Wurst, geräuchert, Ffd. 1,30—1,60 Mk., Eier Stk. 10 u. 11 Pf., Kartoffeln 10 Pf., 40 bis 50 Pf., Spargel 1. Sorte — Pf., 2. Sorte — Pf., 3. Sorte — Pf., Blumenkohl der Kopf 20—30 Pf., Artischocken, hiesige, Ffd. — Pf., eingeschaltete, Ffd. — Pf., Lebende Schwaanfische: Schleie, Portionsgröße Ffd. 1,70, größere Ffd. 1,60 Mk., Karpfen, größere Ffd. 1,19—1,29 Mk., kleinere 1,00 Mk., Aal, große Ffd. 1,10 Mk., mittlere Ffd. 80 Pf., kleine Ffd. 60 Pf., Karauschen Ffd. 80 Pf., Heide, große Ffd. 60—70 Pf., mittel Ffd. 70 Pf., Sarsche Ffd. 50—60 Pf., Brachsen, gr. Ffd. 50—60 Pf., kleine Ffd. — Pf., Aal Ffd. — Pf.,

Notagen, große Ffd. 23 Pf., kleine Ffd. 15 Pf., Krebse Ffd. — Pf., Salzwaasserfische: Dorsche, lebende Ffd. 35—40 Pf., frische Ffd. 30 Pf., Butte, größere Ffd. 40 Pf., kleinere 20 Pf., Steinbutt, lebende Ffd. 80—100 Pf.

Getreidepreise.

Yubeck, 19. Oktober.
Weizen, 120—128 Ffd. holl. 190—203 Mk., Roggen 112—122 Ffd., holl. 160—173 Mk., Gerste, nach Qualität 170—200 Mk., Hafer, nach Qualität, 160—180 Mk., alter — Mk., hochfein über Notiz, per 1000 Kilo.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 19. Oktober.

Auftrieb 1919 Schweine. Markt ruhig geräumt.
Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Ffd., Tara 20 Proz., 83,— bis 84,— (86,50 bis 87,— Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Ffd., Tara 20 Proz., 82,— bis 83,— (85,50 bis 86,50 Mk.) Mittelwäre, von 200—240 Ffd., Tara 22 Proz., 80,— bis 81,— (82,50 bis 83,— Mk.) Gute leichte Ware, unter 200 Ffd., Tara 22 Proz., 79,— bis 80,— (81,50 bis 82,50 Mk.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 72,— bis 78,— (84,50 bis 89,50) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 78,— bis 79,— (82,50 bis 83,—) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent 72,— bis 77,— (86,— bis 80,—) Mk.

Literarisches.

Gingegangene Schriften und Bücher.

„Neue Zeit“, Heft 8.
„Wahre Jacob“, Nr. 22.
„Gleichheit“, Nr. 2.

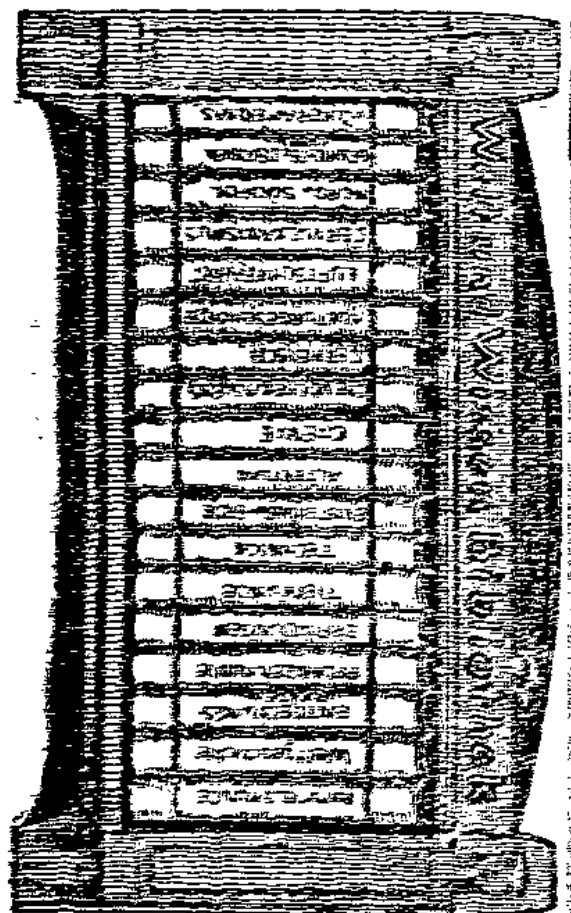
Der kleine Stadtbaumeister. Ein Lehr- und Spielbuch für Jugend, Eltern und Lehrer von Heinrich Pralle. Mit 15 Abbildungen im Text und 17 Tafeln. Preis 1,50 Mark. Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H. Berlin SW. 68.

Über dieses soeben erschienene Spielbuch schreibt die Erziehungsbeilage des Volksblatts Halle folgendes: Dem Kinde ist das Spiel, was dem Erwachsenen die Arbeit ist. Wie diese den Menschen bildet und erzieht, ihm, gemessen an anderen Erziehungsmitteln, zur größtmöglichen Menge von Anschauungen und Vorstellungen verhilft, so schließt im frühen Kindesalter das Spiel den Sinnen am vollkommensten das Wesen der Dinge auf. Mit zunehmender geistiger und körperlicher Reife des Kindes muß sich auch der Charakter des Spiels entwickeln, das sich um so anregender, zweckmäßiger und für die Erziehungssicht fruchtbarer gestalten wird, je mehr es zur Arbeit überleitet, je mehr sich die leichte, tändelnde Tätigkeit des Spiels in die ernstere, für Hand und Hirn schwierigere Tätigkeit des planvollen, zweckbewußten Schaffens umsetzt. Pädagogisch am wertvollsten sind deshalb die sogenannten Arbeitsspiele, bei denen das Kind mit Werkzeugen aller Art sein Spielzeug selbst verfertigt. Etwa die Spielbeschäftigung, wie sie im Kindergarten vorbereitet, im Werkstätten-Unterricht weiter entfaltet wird. Für die jüngeren Kinder, die einen Handarbeitsskizzen nicht durchführen können, zeigt nun der Lehrer Pralle in seinem ausgezeichneten Büchlein, wie er mit vier Knaben im Alter von 11 bis 13 Jahren eine Stadt gebaut hat. Die Arbeit erinnert an die beliebten Modellierbogen, hat aber vor diesen vieles voraus. Die Modellierbogen fordern vom Kinde nur mechanische Arbeit mit Schere und Kleister; was die Phantasie, das Schönheitsgefühl, den Farbensinn, das Gestaltungs- und Kombinationsvermögen des Kindes anregen und in Tätigkeit versetzen könnte, hat der Künstler schon im voraus besorgt. Auch sehen die aus Modellierbogen gefertigten Burgen und Städte, sind sie erst aufgeklebt, unerrückbar fest; es gibt keine Veränderung und Umformung, kein Einreißen und Wiederaufbauen mehr. Nur ruhiges und ach so langweiliges Anschauen ist erlaubt. Die Modelle des Spielbuchs dagegen gestattet in bezug auf Größe, Form, Farbe und Verwendungszweck dem Willen und der Phantasie des Kindes den größten Spielraum, denn die beigelegten Tafeln bieten nur Beispiele, nach denen der kleine Baumeister die Formen bald groß, bald klein entwerfen und so aus Papp, Papp- und Buntpapier mittels Schere, Messer, Lineal, Falzbein und Leim eine wundervolle Stadt erbauen kann. Alle architektonischen Grundformen sind geometrisch vorbereitet und durch einfaches Projektionszeichnen gewonnen; das Körperliche entsteht vor den Augen und unter den Händen des Kindes organisch, so daß Zeichnen und plastisches Schaffen, Schauen und Erleben zu einer schönen ergiebigen Harmonie zusammenfließen. Das Büchlein wird an Herbsttagen und Winterabenden vielen Kindern große Freude bereiten. Das Spielbuch, das sich auch sehr zu Geschenken zum herannahenden Weihnachtsfest eignet, ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

Das Jahrbuch des Deutschen Metallarbeiterverbandes für 1911 ist vom Vorstand des Verbandes herausgegeben worden. Dasselbe liefert schätzenswertes Material über die Entwicklung und Tätigkeit des Verbandes im Vorjahre.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartk. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Höchstwichtige Mitteilung für alle Leser des „Lübecker Volksboten“.



Unsern Lesern teilen wir hierdurch mit, daß wir von jetzt ab eine reich illustrierte Wochenzeitung unter dem Titel „Welt und Wissen“ herausgeben und hierdurch ein Blatt geschaffen haben, welches sowohl den ersten Gelehrten wie auch den Mann aus dem Volke voll befriedigen wird. Die Ausstattung ist eine einzigartige. Zahlreiche gewählte Abbildungen werden das geschriebene Wort ergänzen. Die Namen der Mitarbeiter — nur ältere Gelehrte — sind jedem gebildeten Deutschen bekannt. Um nun zu ermöglichen, daß alle unsere Abonnenten darauf abonnieren können, haben wir die kleine Entschädigung, die wir notwendig haben müssen, äußerst niedrig gestellt, und zwar auf nur 15 Pf. für ein 24 Seiten großes Heft. Jedes Heft enthält 10—20 Artikel, von denen wir als Beispiel einige anführen:
Der Mensch in der Weltgeschichte. — Was die Erde erzeugt. — Gesundheit und Schönheit. — Der Aal und dessen Genuß.

Das Leben unter Wasser. — Fernphotographie. — Liebe und Ehe bei den Naturvölkern. — Der Mensch und die Geisteswelt. — Jüdische Lust. — Einfluß der Lebensweise auf das Menschenalter. — Verharmloste Städte in der Sahara. — Die Zukunft der Elektrizität.
Sach- und Hausbibliothek vollständig gratis, und zwar sind folgende Werke in Aussicht genommen, von denen zu jedem Jahrgang resp. 52 Heftlieferungen 3 kompl. Werke geliefert werden:
Illustrierte Geschichte des Deutschen Volkes.
Illustrierte Weltgeschichte.
Die Entstehung der Erde.
Illustrierte Stammtafeln.
Illustrierte Kulturgeschichte des Deutschen Volkes.
Denkwürdige Entdeckungsfahrten.
Denkwürdige Gründungen.
Illustrierte Tierkunde.
Illustrierte Pflanzenkunde.
Illustriertes Buch der Technik.
Entdeckungsfahrten nach dem Nord- und Südpol.

Mein Aquarium. — Unser Sonnensystem. — Das heutige Erbrecht usw. usw.
Um unser Ziel zu erreichen, daß „Welt und Wissen“ von jedem Gebildeten abonniert wird, liefern wir an Abonnenten von „Welt und Wissen“ eine große illustrierte

Bestellzettel für die Abonnenten des „Lübecker Volksboten“.
Herren
Fr. Meyer & Co.
Lübeck.
Unterzeichneter abonniert hierdurch auf
„Welt und Wissen“.
52 Hefte à 15 Pf.
Name: _____
Ort: _____
Straße: _____